

# Der Oberschlesier.

Oberschles. Wochenschrift. — Erscheint jeden Sonnabend. — Freie Aussprache für alle Oberschlesier.

Sonnabend, 8. Mai 1920.

Einzelnummer 30 Pfg. Postbezug monatl. 1,20 Pfg., vierteljährl. 3,60 Mk. auschl. Beleggeld. Verlag u. Schriftleitung: „Der Oberschlesier“ Oppeln, Bismarckstr. 111. Fernruf 98. Zweigstelle Kattowitz, Gullpar Freytagstraße 19 III. Postcheckkonto Breslau I Nr. 29395.

Nummer 19. 2. Jahrgang.

**Inhalt:** Die staatsrechtliche Stellung Oberschlesiens. — „Außer“ oder „Außerdem.“ Von einem oberchl. Richter. — Kunst in Oberschlesien. Von Wirbisky. — Der Kampf im Bultschiner Ländchen um die Deutsche Schule. Von Morawus. — Aus Oberschlesiens Vergangenheit. Von Kuber. — Kritik an der Kritik des Pfarrers Dr. Nieborowski. Vom Verfasser der Broschüre „Die obereschlesische Frage.“ — Karl Heinrich Fabian v. Reichenbach. Von Lippa. — Breslauer Musikbrief (Messwoche) Von Merdies. — Monatschronik für April 1920. — Von obereschlesischen Bühnen. Von A. B. — Wochendronik.

## Die staatsrechtliche Stellung Oberschlesiens.

Die interalliierte Verwaltungs- und Plebiszitkommission hat ihre jüngsten Anordnungen, durch welche sie der obereschlesischen Bevölkerung das Recht der Teilnahme an der Wahl des Reichspräsidenten und an den Reichstagswahlen absperrt und die Mandate der obereschlesischen Vertreter in der Nationalversammlung, der preussischen Landesversammlung und dem Provinziallandtage für erloschen erklärte und den Abgeordneten die weitere Ausübung ihres Mandats unter Androhung der Aussperrung aus dem Ab-

stimmungsgebiet als politisch vom deutschen Reiche losgelöst anzusehen wäre. Eine gewisse Trennung des Abstimmungsgebietes vom deutschen Reiche ergibt sich aber ohne weiteres aus den Bestimmungen des Friedensvertrages. Denn das Abstimmungsgebiet ist durch den Friedensvertrag der Verwaltung einer interalliierten Kommission unterstellt worden, auf welche die Ausübung fast aller der deutschen und der preussischen Regierung zustehenden Befugnisse übergegangen ist. Ebenso mußten die deutschen Truppen und die von der Kommission bezeichneten Behörden binnen 14 Tagen nach Ratifikation des Friedens das Gebiet verlassen, sodaß zur Zeit keine unbefristete Vereinigung dieses Gebietes mit dem Reiche besteht.

Von erheblicher Bedeutung für die vorliegende Frage ist es, daß eben nicht alle Befugnisse der deutschen und der preussischen Regierung auf die interalliierte Verwaltungskommission übergegangen sind, daß also eine staatsrechtliche Verbindung des Abstimmungsgebietes mit dem deutschen Reiche und Preußen bestehen geblieben ist. So ist von den Befugnissen der Kommission ausdrücklich das Recht der Gesetzgebung und der Steuererhebung ausgenommen. Es ist bezeichnend, daß die Alliierten jetzt allerdings auf einem Umwege das Recht der Gesetzgebung für sich in Anspruch nehmen und damit eine

Verwaltung und Einrichtungen aus den Klassen des preussischen Staates bezw. des Reiches bestritten. Oberschlesien bildet nach wie vor mit dem übrigen Reiche ein einheitliches Zollgebiet und die Zollgrenze liegt nach wie vor an der bisherigen Reichsgrenze und es wird dort die Zollkontrolle durch deutsche Zollbeamte auch im Abstimmungsgebiet ausgeübt. Dies alles zeigt jedem Unbefangenen, vorurteilsfreien Beurteiler der Sachlage, daß das Abstimmungsgebiet politisch und staatsrechtlich noch zum deutschen Reiche gehört, wenn dasselbe auch die Ausübung eines großen Teiles seiner Hoheitsrechte in diesem Gebiete auf Grund des Friedensvertrages der interalliierten Kommission überlassen mußte.

Der Friedensvertrag bietet auch der Kommission keine Handhabe, der Bevölkerung die Ausübung der ihr kraft ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Reiche zustehenden staatsbürgerlichen Rechte zu entziehen. Die interalliierte Verwaltung hat auch noch 3 Monate nach Ratifikation des Friedens und sogar nach Übernahme der Verwaltung Oberschlesiens durch sie noch 2 Monate lang die obereschlesischen Abgeordneten ihre Mandate ungehindert ausüben lassen, bis sie auf den Einfall kam, diese Mandate für erloschen

## Landsleute!

Erschüttert durch die in diesen Tagen entlarvten Anschläge erheben wir vor dem Stuhle der drei Befugungsmächte die Stimme und fordern, daß nicht die höchste Kühnheit über unser Land entscheidet, sondern die höchste Vernunft. Schluß mit dem Blutvergießen! Nicht zum zweitenmale der Wahnsinn eines Aufstandes!

Unsere Ziele sind friedlich und offen. Treu stehen wir zu Deutschland. Wir weigern uns, Bande zu zerreißen, die eben so alt sind wie der Glaube unseres Landes an den Gekreuzigten. Manche wünschen eine freiere Selbständigkeit Oberschlesiens, wünschen sich ein zweites Bayern. Wir halten niemand zurück. Wir rufen jeden, der will, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibt. In welcher Form, darüber haben sich die politischen Parteien auseinanderzusetzen, und die Reichsverfassung öffnet dem Selbständigkeitsdrange weit das Tor. Wir erkennen die politischen Parteien an. Sämtliche politischen Parteien, die für Deutschland eintreten, sind gebeten worden, an dem Aufbau und der örtlichen Vertretung unserer Organisation zusammenzuwirken. Die nächsten Wochen werden davon erfüllt sein, dieses Gebäude aufzurichten. Wir wollen freie Entfaltung jeder gottgeschaffenen Art. Wir werden dazu helfen, die Gleichberechtigung des Polnischen sicherzustellen.

Ihr Freunde Deutschlands, seid unverzagt, denn es ist in diesem Lande kein Stein, der nicht für Euch zeugte. Aber seid wachsam und entschlossen. Wenn der Versucher umgeht, wenn das Beispiel der Grenzzeitung und andere traurige Euch bewegen, so wisset: Korfanth kauft den Verrat und verachtet den Verräter.

Oberschlesische Landsleute! Wir wollen Euer Schutz und Rat sein. Gebt uns dafür Eure Augen und Eure Ohren. Was irgend von Wichtigkeit ist, meldet sofort.

**Plebiszit-Kommissariat für Deutschland.**

**Komitet plebiscytowy za Niemzami.**

Dr. Urbanek, Kattowitz, Centralhotel, Bahnhofstraße 12, Fernsprecher 2280.

stimmungsgebiet verbot, damit begründet, daß das Abstimmungsgebiet während der Dauer der Besetzung politisch zu keinem Lande gehöre. Wäre diese Ansicht zutreffend, dann würde sich gegen die dorenwähnten Anordnungen mit Ausnahme der angeordneten Aussperrung rechtlich nichts einwenden lassen. Allein diese Auffassung ist mit der Ausgestaltung der im Friedensvertrage über Oberschlesien getroffenen Bestimmungen unvereinbar.

Allerdings heißt es in Art. 88, daß die Bevölkerung berufen ist, im Wege der Abstimmung kundzutun, ob sie mit Deutschland oder mit Polen „vereinigt zu werden wünscht.“ und in dem französischen Texte ist gar von rattachés, also von Wiedervereinigung, die Rede. Eine Vereinigung ist nur möglich, wenn vorher eine Trennung bestanden hat. Die Trennung braucht aber keine vollständige zu sein, und auch nicht auf dem Gebiete der staatsrechtlichen Zuständigkeit zu liegen. Es folgt daher aus dieser Wortfassung keineswegs, daß Oberschlesien bis zur endgültigen Entscheidung über seine

von ihnen als unbequem empfundene Beschränkung, welche sie sich in ihrem Friedensdiktat selbst auferlegt haben, beseitigen wollen. Die gesetzgebende Gewalt über das Abstimmungsgebiet ist nach dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages beim deutschen Reiche und bei Preußen geblieben; sie hat nur die eine Einschränkung erfahren, daß Abänderungen von Gesetzen und die Erhebung neuer Steuern im Abstimmungsgebiet an die Zustimmung der Verwaltungskommission gebunden sind, mit anderen Worten: Die Entente kann zwar jede Veränderung des bestehenden gesetzlichen und steuerrechtlichen Zustandes in Oberschlesien durch Verweigerung ihrer Zustimmung verhindern, aber sie kann ihrerseits daselbst weder neues Recht schaffen noch bestehendes Recht außer Kraft setzen. Die Steuern, Abgaben, Gebühren und Gefälle werden in Oberschlesien nach wie vor für das Reich und Preußen eingezogen, und umgekehrt werden die Ausgaben für die Besoldung der Beamten sowie die jährlichen Ausgaben für die Bedürfnisse der staatlichen

zu erklären. Sie greift damit sogar in die Rechte der außerhalb des Abstimmungsgebietes liegenden Teile Oberschlesiens ein; denn die von dem nur einen einzigen Wahlkreis bildenden Regierungsbezirk Oberschlesien gewählten Abgeordneten vertreten, ja ohne Rücksicht darauf, wo sie ihren Wohnsitz haben, alle Teile des Wahlkreises und durch das Ententeverbot werden auch die der interalliierten Kommission nicht unterstehenden Teile Oberschlesiens der politischen Vertretung beraubt. Da das Gesetzgebungsrecht über das Abstimmungsgebiet bei Deutschland und Preußen verblieben ist, lediglich eingeschränkt durch das Erfordernis der Zustimmung der interalliierten Verwaltungskommission zu neuen Gesetzen, so bedeutet der Willkürakt der Entente, daß der Bevölkerung des Abstimmungsgebietes beim Erlaß neuer auch für sie geltender Gesetze jedes Mitspracherecht entzogen ist. Dabei waren es sehr wichtige Gesetze, mit denen sich die Nationalversammlung und die preussische

### Kunst in Oberschlesien.

Zu dem Auftrage in der letzten Nummer des „Oberfleslers“ gibt der unterzeichnete Herausgeber auf zahlreiche Anfragen hin noch folgende Erläuterungen:

1. Unter Oberschlesien ist nicht allein der Abstimmungsbezirk, sondern die ganze Provinz Oberschlesien, also auch das Reisser Land gemeint.
2. Beiträge können einreichen:
  - a) alle in Oberschlesien geborenen Autoren, wo in aller Welt sie z. Z. auch wohnen mögen,
  - b) nicht in Oberschlesien geborene, sondern in Oberschlesien eingewanderte Künstler und Kunstfreunde,
  - c) jeder Nichtoberschlesier.

Während die unter a) und b) Genannten Arbeiten auch nicht oberfleslerischen Inhalts einreichen dürfen und ihre Personalien angeben müssen, haben die unter c) Aufgeführten einzig und allein Arbeiten zu liefern, die sich ausschließlich auf Oberschlesien beziehen.

3. Besonders gewünscht werden für den einleitenden Teil Aufsätze geschichtlichen Inhalts, z. B. Oberschlesiens Anteil an der deutschen Nationalliteratur. Die oberfleslerischen Dichter der Gegenwart. Der Vergessenheit anheimgefallene oberfleslerische Künstler. Das musikalische Leben in Oberschlesien einst und jetzt. Meister und sein Gesangsverein. Die Entwicklung der Baukunst in Oberschlesien. Oberschlesische Bildhauer und Maler. Die oberfleslerischen Künstlervereinigungen. Kunstausstellungen in Oberschlesien. Die oberfleslerischen Bühnen. Kunst und Volkshochschule. Gartenbaukunst in Oberschlesien. Sehenswerte Kirchen und Denkmäler in Oberschlesien. Untere kunstvollen großindustriellen Anlagen. Hoffmann von Fallersleben in Rauden. Ausprüche deutscher Dichter über Oberschlesien. Carl Maria von Weber in Carlsruhe D.-S. Das Reisser Land und seine Dichter. Goethe in Oberschlesien. Die Pflege der Kunst durch die oberfleslerischen Volksbildungsvereine. Kleinkunst in Oberschlesien. Oberschlesische Dichtungen in polnischer Sprache u. a. m.

Die Abhandlungen müssen knapp und kernig geschrieben sein, nicht Steine (zusammenhangslose Namen und Daten), sondern tatsächlich etwas Genießbares bieten.

4. Das nicht verwendbare Material wird im Juli zurückgereicht, während den Verpflichtungen den übrigen Einreichenden gegenüber nach Fertigstellung des Bandes nachzukommen wird.
5. Für den zweiten Teil werden Gedichte, Skizzen, Novellen, Zeichnungen, Photographien, Noten, Pläne, Abbildungen jeglicher Art benötigt.
6. Für den dritten Teil (Biographisches) kommen Personalnotizen nebst Angabe der geschaffenen Werke (Standort, Eigentümer, Verlag, Uraufführung u. i. w.) auch solcher unter 2a) und b) genannter Autoren, die keine Arbeit eingekandt haben, in Frage. Der Vollständigkeit halber istliche sich keiner aus.
7. Sendungen von Künstlern unter 2a) und b), denen die Angaben des Geburtsortes, der Zeit der Einwanderung in Oberschlesien u. i. w. fehlen, werden nicht berücksichtigt.

Heil Oberschlesien!  
Willehm Wierzycki in Myslowitz, Postfach 37.

ja gegenstandslos, was in Absatz I des § 3 steht: — außer in gelehreberischer oder steuerlicher Hinsicht.

Und um diese unheimbaren Wörter: außer, außerdem, ist der Kampf ums Recht entbrannt, und der Ausstrahl dieses Kampfes entscheidet, ob dem oberfleslerischen Volke für die nächste Zukunft Freiheit, Ruhe und Ordnung bewahrt bleiben soll.

Aber inwiefern?  
Die Plebiszitkommission hat durch eine Verordnung bestimmt: es wird ein Oberlandesgericht in Oberschlesien eingerichtet.

Das preussische Gesetz sagt: Oberlandesgerichte können nur durch Gesetz eingerichtet werden.

Aber das ist doch gleichgültig, ob Verordnung, ob Gesetzgebung, Keineswegs. Du hast nach hartem Kampf und vielem Aufwand von Kosten vom Oberlandesgericht für Oberschlesien endlich ein Urteil bekommen, wonach Dein Dein Schuldnern 3000 Mark zahlen soll. Dein Schuldnern wohnt z. B. in Dresden. Du schickst das Urteil dorthin zum Gerichtsvollzieher. Der aber zuckt die Achseln und sagt: Das erkennen wir nicht an; das Oberlandesgericht in Oberschlesien existiert für mich nicht, weil es nicht durch Gesetz geschaffen ist.

Das Urteil kann man dann zu sonstigen Karitären stecken, die Kosten sind unnuß aufgebender.

Wohlgemerkt: Preußen hat sich zur Schaffung dieses Oberlandesgerichts durch Gesetz bereit erklärt, doch ist das von der interalliierten Regierungskommission nicht angenommen worden.

Die Plebiszitkommission bestimmi: Sämtliche Berufungs- und Revisionsinstanzen laufen nicht, das Urteil wird nicht rechtskräftig, es kann also damit zunächst nichts gemacht werden.

Das Gesetz sagt: In Zivilsachen ist nach einem Monat, nachdem das Urteil zugestellt ist, nichts mehr zu machen; in Strafsachen ist schon eine Woche nach Verkündung des Urteils nichts mehr zu machen, wenn kein Rechtsmittel eingelegt ist.

Was macht hier der Betroffene? — Soll er warten? — Die Interalliierte Kommission verordnet weiter: Die Disziplinargehalt über alle Beamten steht mir zu.

Das Gesetz sagt: Um die Unabhängigkeit der Gerichte zu wahren, sollen die Richter sich nicht vor den Trägern der Regierungsgewalt verantworten, sondern nur vor Gerichten, und zwar in einem gerichtlichen Verfahren erster und, wenn nötig, auch zweiter Instanz.

Das preussische Gesetz, das auf diese Weise die Unabhängigkeit der Richter sichern will, ist von 1851 und ist also schon eine alte und darum bewährte Sicherheitsmaßnahme für eine unparteiliche Rechtspflege.

Der Gedanke, der in diesem Gesetz festgelegt worden ist, war eine Forderung der großen französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts.

Wie notwendig aber ein solches Gesetz ist, das hat vor mehr als 200 Jahren der Prozeß des Müllers Arnold bewiesen. Friedrich der Große, der in diesem Prozeß anderer Rechtsauffassung als das Kammergericht war, hat damals die urteilenden Richter, die nur nach dem Gesetz und ihrem Gewissen den Rechtspruch fällten und sich zu seiner Rechtsanlicht nicht bekehren konnten, aus ihren Ämtern entlassen und außerdem noch mit 1 Jahr Festung bestraft.

Das war in der Zeit des Absolutismus.

Dieses Verhalten Friedrich des Großen hat damals die Enttäuschung und die Mißbilligung der ganzen Welt wahrgenommen.

Und heute, im Zeitalter der Demokratie und der Freiheit?

Sollte Oberschlesien so außerhalb aller Kultur und allen Rechtslebens und Empfindens liegen, daß hier den Richtern die gesetzlich bestehenden Garantien für ihre Unabhängigkeit verlagert werden dürften?

Was jetzt hier ausgefochten wird: das ist der Kampf ums Recht, nicht etwa blos des Rechts einiger Leute, der Richter, sondern des ganzen oberfleslerischen Volkes.

Für die darum kämpfenden aber gilt zur Zeit, zwar in veränderter Form, aber dem Sinne nach zutreffend der Ausspruch des Papstes Gregor des Großen: amari institium erodi iniquitatem, propterea morior in exilio: Wir lieben das Recht und sträuben uns gegen das Unrecht, daher geht es uns schlecht in Oberschlesien.

### Der Kampf im Hultschiner Ländchen um die deutsche Schule.

Von Moravian.

Bekanntlich sind durch den Friedensvertrag von Versailles neun Landgemeinden im nördlichen Teile des Kreises Ratibor, die zum Hultschiner Dekanat gehören, der Tschechoslowakei nicht einverleibt worden. Es sind dies die Pfarrgemeinden Groß-Peterwitz, Schammerwitz, Ktanowitz, Borutin, Voleslau, Sandau, Hainitz und die beiden Dörfer Klein-Peterwitz und Döblich. Den Bewohnern dieser Dörfer war das Glück noch insofern hold, als ihnen das Recht der Abfrimung zugewilligt wurde, sich entweder für Deutschland oder für Polen zu entscheiden. Da man nun bei der kommenden Abstimmung den Verlust dieser nördlichen aber durchaus deutschgeprägten Ortshäuser für die Tschechoslowakei befürchtet, suchen die Tschechen bei der Bevölkerung dieser umstrittenen Gemeinden eine lebhafte Agitation zu entfalten und geben sich alle erdenkliche Mühe, sie für den Anschluß an die Tschechische Republik zu gewinnen. Kirchliche Zugehörigkeit zum Hultschiner Dekanat und zur Erzdiözese Olmütz, sowie Sprache, Sitten und Gebräuche dürfen die Bewohner dieser genannten Dörfer von ihren nördlichen Landsleuten, die schon Tschechen geworden sind, nicht trennen. Man solle auch nicht alles glauben, was über die tschechische Republik gefaselt und gelogen wird; denn es sei in Wirklichkeit nicht so schlimm mit den neuen Gebietern, die doch nur als Befreier von der germanischen Knechtschaft kämen; man werde sich bald an das neue Vaterland gewöhnen und mit den geordneten Lebensverhältnissen zufrieden sein.

Wenn auch durch die willkürliche, unnatürliche Grenzlegung der nördliche Volksstamm in seiner nationalen Einheit gerissen wird, und ihm dadurch ein schwerer Schaden erwächst, so will dennoch niemand diesen Unpreilungen und Ausfichten auf eine bessere Zukunft Glauben schenken. Vielmehr wird überall die echte, treue, deutsche Gesinnung in scharfen Protesten gegen das verräterische Ungehörigkeit zum Ausdruck gebracht. In diesem Rechte zeigt sich auch das Hultschiner Volkchen, das gegen alles Völkerverrecht seiner Abstimmung herab, gezwungen sich unter das Joch einer Fremdherrschaft beugen mußte. Täglich kann man diese Leute fragen hören über die unerhörten Unthaten der Regierungsmagistratur seitens der tschechischen Gebieter. Ganz besonders sind es die harten Verfügungen, denen zufolge das neuverordnete Gebiet möglichst schnell tschechisiert werden soll. Die deutsche Sprache soll ganz verschwinden und durch die tschechische vollauf ersetzt werden. Darum sollen die Beamten, vor allem die Lehrer gezwungen werden, entweder die tschechische Schriftsprache zu lernen oder ihre Lehrtätigkeit aufzugeben und ihre liebgeordnete Heimat zu verlassen. So haben von den 150 Lehrern und Lehrerinnen 72 ihr Amt gleich nach der Bezeichnung niedergelegt, nachdem sie vielleicht Jahrzehnte lang mit dem nördlichen Volke im besten Einvernehmen gelebt haben. Sie haben nicht blos zum Segen der Schule und Kirche gewirkt, sondern sich auch nicht selten für die Gemeinde in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht betätigt. Außerhalb ihres Amtes waren sie in der Regel als Gemeindevorstände, Orts- oder Gutssekretäre, als Standesbeamte, als Leiter der Carlekskassen oder Genossenschaft mit den Ortsanwesigen auf engste verbunden. Wie muß es da diesen dankbaren Leuten zu Mute sein, wenn sie es erleben müssen, wie ihre treuen Lehrer, Erzieher und Berater die liebgeordnete Wirkungsstätte für immer verlassen müssen? Die so frei gewordenen Stellen bemüht sich die tschechische Regierung mit rein tschechischen Lehrkräften, die kaum deutsch reden können, auszufüllen. Die übrigen ansässigen Lehrer, die der neuen Regierung den Amtseid geleistet haben, werden nun gezwungen, allmählich zweimal am Unterrichts in der tschechischen Sprache teilzunehmen, um diese möglichst schnell zu erlernen, damit die deutsche Schule schon zu Beginn des neuen Schuljahres im kommenden September tschechisiert werde. Denselben Fehler, den die frühere deutsche Regierung durch rücksichtslose Germanisierung gegenüber den Polen begangen hat, begehen jetzt ebenfalls die Tschechen durch die gewalttätige Ausmerzung der deutschen und Einföhrung der tschechischen Unterrichtssprache in der Volkschule. Gegen diese Gewaltmaßnahme hat sich das

### „Außer“ oder „Außerdem“.

Von einem oberfleslerischen Richter.

Zwei unheimbare Worte. Und doch hängt an ihnen das Schicksal und die Wohlfahrt von Hunderttausenden für die nächste Zukunft. Freiheit, Ruhe und Ordnung werden gefährdet, einmal wenn den Personen, welche Gesetze, Verordnungen ausführen sollen, der ihnen zukommende Schutz vor den Trägern der Macht nicht gewährt, ja sogar ihnen entgegengebracht wird, ferner wenn die Träger der Macht in das Recht und die Gesetze eingreifen und diese nach Gutdünken abändern wollen.

Zu der Oberschlesien betreffenden Auflage zum Friedensvertrage Absatz I § 3 ist folgendes bestimmt: Der Ausschuß — die Plebiszitkommission — bestimmi außer in gelehreberischer oder steuerlicher Hinsicht alle Befugnisse der deutschen und preussischen Regierung.

Als die Entente die Verwaltung Oberschlesiens übernahm und die Oberschlesien angehörenden Teile des Friedensvertrages veröffentlichte, lautete diese Stelle des Friedensvertrages in diesen Veröffentlichungen: Der Ausschuß bestimmi außerdem in gelehreberischer oder steuerlicher Hinsicht alle Befugnisse der deutschen oder preussischen Regierung.

Vorfstellungen wegen Berichtigung dieser unwichtigen Wiedergabe des Friedensvertrages und wegen richtiger Neuveröffentlichung blieben ergebnislos.

Ein Druck- oder Überlegungsfehler! Das wäre nicht so schlimm! Wenn nur nicht damit schon zum Ausdruck gekommen wäre, wie die Auslegung des Friedensvertrages gedacht war und wovon ein Beispiel die jetzige Bezeichnung des Mangelsgebietes bietet.

Nun bestimmi weiter der Absatz II dieses § 3: Der Ausschuß ist selbst für die Auslegung der ihm durch die gegenwärtigen Bestimmungen übertragenen Befugnisse zuständig und hat selbst zu bestimmen, inwieweit er diese Befugnisse auszuüben oder den bestehenden Behörden zu belassen gedenkt.

Aber diese der Plebiszitkommission zustehende Auslegung der Befugnisse kann doch nur in dem Rahmen erfolgen, der durch den oben wiedergegebenen Absatz I des § 3 gezogen ist: — nämlich außer in gelehreberischer oder steuerlicher Hinsicht. Denn wenn die Plebiszitkommission auf Grund der Ermächtigung, ihre Befugnisse selbständig auszuliegen, alles tun könnte, z. B. auch Gesetze geben könnte, dann wäre es



Oberschlesische Landschaft mit Hubertushütte.

ganze Sultschiner Völkchen einmütig erhoben und seinen Protest zum Ausdruck gebracht in den Schulstreiks, die überall ausgebrochen sind, wo bereits tschechische Lehrer neu angestellt wurden. Denn dem Sultschiner wie dem Besenbauer, dem Kravarnier wie dem Stöberwitzer genügt es vollständig, wenn seine Muttersprache in der Familie und Kirche gepflegt und geübt wird; aber in der Volksschule will er unbedingt die deutsche Sprache lernen und in ihr unterrichtet werden. Unser gutes Volk weiß genau, daß es bisher mit der deutschen und mit der mährischen Sprache, die es geläufig beherrscht, überall in der Welt durchgekommen ist und sich Erwerb und Verdienst zu verschaffen verstanden hat. Ja ist es denn nicht die deutsche Sprache gewesen, die dem mährischen Volke die ganze Kultur vermittelt hat? Ein Mensch, der heutzutage nur seine Landessprache spricht und sonst keine Weltssprache beherrscht, gleicht einem Menschen, der nur eine Hand hat. Und zu solchen einarmigen Krüppeln sollen jetzt unsere harmlosen, zweisprachigen Leute mit aller Gewalt und Schikane von den Tschechen gestempelt werden. Die tschechische Sprache ist eben, wie alle anderen slavischen Sprachen nur Landessprache, die deutsche Sprache dagegen Weltssprache. Darum ist es auch unseren strebsamen Leuten einleuchtend, daß sie durch Ausrottung der deutschen Unterrichtssprache in der Schule einmal aufhören werden, Uraquisten zu sein und beurteilt werden, nur die eine tschechische Landessprache zu sprechen, die in ganz Europa keine acht Millionen ihre Nationalsprache nennen.

Wie nun der tschechische Unterricht in den Schulen durchgeführt werden soll, kann man sich aus einer Äußerung des Bezirksschulinspektors in Sultschin vorstellen, der da meinte: „Die Durchführung unserer Anordnungen betreffs des tschechischen Unterrichtes wird mit Gewalt erfolgen, denn wir haben die Macht, eine solche Macht, daß hinter jede sich sträubende Person ein Soldat gestellt werden kann.“ Die tschechischen Lehrer zeigen eben, auch den harmlosesten Vorfälle, an zuständiger Stelle an; es erscheint dann sofort die Gendarmen, um die Beteiligten zu vernehmen und behandelt die harmlosen Leute, die auch nur ihre Wünsche den tschechischen Lehrern vorzubringen wagten, wie gemeine Verbrecher. Aber trotz aller Schikane wird der Kampf um die deutsche Schule mutig und furchtlos weitergeführt, wie es z. B. folgender Vorfälle in Deutsch-Krawarn deutlich beweist. Um wegen des fortgesetzten Schulstreiks mit den Kravarnern zu verhandeln, beglückte eines Tages der Bezirksschulinspektor diesen Ort mit seiner Anwesenheit. Als es bekannt wurde, daß der Herr da sei, wurden die Leute sofort durch ortsübliches Ausklingeln aufgefordert, sich in der Schule zu versammeln. In einer von Männern und Frauen überfüllten Klasse wurde nun verhandelt. Die Leute haben in der energischsten Weise ihr gutes Recht verlangt, daß ihnen die deutsche Schule erhalten bleibe und zwar in einer, den Kravarnern eigenen Weise, jedoch dem Bezirksschulinspektor nichts anderes übrig blieb, als mit den beiden tschechischen Lehrern abzugehen. Beim Abschiede sagte der Schulinspektor den Leuten: „G Boheim!“ (Mit Gott), worauf die Weiber ihm entgegen schrien: „Sie sind ja ein Hussit, ein Ahrheiß und glauben nicht an Gott! Sie Heuchler, Sie Verräter!“ So führt nun das Sultschiner Völkchen einen heldenmütigen Kampf um seine Ideale, die es sich von keiner

Macht der Welt rauben lassen wird. Unsere Leute wissen es genau, daß mit der Tschechisierung der Schule nicht bloß die deutsche Sprache verschwinden soll, sondern zugleich auch der Katholizismus untergraben und der Hussitismus seine Vorbeeren ernten wird. Auf diese Weise wird wohl niemals eine Verständigung zwischen dem unterdrückten Volke und seinen Bedrückern, die sich doch als ihre Befreier aufspielen, erzielt werden.

Wäre es denn nicht vorteilhafter, wenn die Tschechen den christlich-staatsrechtlichen Grundgedanken befolgen würden, daß in einem Staatswesen, das mehrere Nationalitäten in sich vereinigt, nicht um die Sprache gestritten, sondern um Bildung und Kultur in allen Zweigen und Gebieten gewetteifert werden sollte? Würde die tschechische Regierung nicht viel klüger handeln, wenn sie es den Eltern überlassen würde, in welcher Sprache sie ihre Kinder unterrichten wollen? Doch die hypernationale Veranlagung der fremden Herrscher läßt solche Gedanken nicht aufkommen. Denn die Nationalität ist dem echten Tschechen das höchste und heiligste Gut; das national-tschechische Bewußtsein geht ihn über alles.

Zuerst bin ich geboren, dann erst getauft, erklärte der frühere Prämonstratensermönch und jetzige Eisenbahnenminister Zahradník, d. h. erst bin ich Tscheche, dann Katholik. Gerade umgekehrt ist das Verhältnis von Nationalität und Religion bei unserem mährischen Volke. Ihm gelten Religion und Glaube, Gott und Kirche als höchste und heiligste Güter auf Erden. Dabei wird es aber auch nie in seiner Liebe zu den Diesseitsgütern, in der Treue und Unabhängigkeit zur deutschen Nation, mag diese auch die verachtetste in der ganzen Welt sein, nie in der Liebe zur mährischen Muttersprache nachlassen oder gar erkalten. Aber ein großes Übel erblidt unser gläubiges Volk in dem ausgesetzten Nationalismus, der die Nationalität über die ewigen unvergänglichen Güter stellt. Und so fühlen, denken und handeln die Tschechen, deren Wahlspruch lautet: „Tschechisch ist uns die Hauptsache.“ Damit beweisen sie, daß sie dem heidnischen Nationalismus verfallen sind und den katholischen Geist verloren und somit auch kein Verständnis haben für die Worte Christi: Wer Vater und Mutter mehr liebt als mich, ist meiner nicht wert. Steht Gott nicht im Mittelpunkt alles Lebens im Volke, dann betet es Götzenbilder an, von denen eines die Nation ist. Darum sehen wir bei unseren Leuten eine so große Abneigung gegen die christlich-tschechische Regierung in Prag, die für den Katholizismus nichts übrig hat, für das Nationaltschechentum aber alles daran setzt. Darum finden wir auf der einen Seite alle Sympathie für die vertriebene, gläubige, deutsche Lehrerschaft und auf der anderen Seite nur lauter Abneigung und Argwohn gegenüber den kommenden tschechischen Erziehern und Jugendbildnern, die zum Teil als Gottesläugner gar bald das Gift des Unglaubens unseren Kinderherzen einimpfen werden. Auf diese Weise wird die gegenwärtige Gereiztheit und Erbitterung im Sultschiner Völkchen durch die systematische Bevorzugung der tschechischen und durch die fortgesetzte Unterdrückung der deutschen Sprache immer weiter gehärtet und so eine Assimilation der Lehrer mit den Tschechen unmöglich und undurchführbar sein.

### Aus Oberschlesiens Vergangenheit.

Von Paul Anger.

#### 6. Unter der Obhut der neuen Pfleger.\*) 2. Teil.

Ob noch die deutsche Besiedelung und das Magdeburger Stadtrecht während des Mittelalters — immer weitere Wellenkreise ziehend — ihren grandiosen Siegeszug in die Ostmark und auch nach Oberschlesien antrat, lebten die slavischen Bewohner dajelbst in der drückendsten Hörigkeit. Zu den mannigfachen Dienstleistungen waren sie verpflichtet, die uns unter dem Namen polnisches Recht (jus Polonicum) bekannt sind. Diese bestanden: in der Grundsteuer (poradnie), der Bauplatzabgabe (podworowo), dem Marktgeld (targowe), dem Vorratspann (powóz), dem Geleit durchs Gebiet (przewód), dem Nachtquartier und Unterhalt des Fürsten und seiner Beamten (stan), der Verpflegung der Jäger und Hunde beim Jagen (psare), der Aufsicht über die Sibir (bobrownica), der Waldfron (losno), dem Waden (stroza), den Ehrgungen in Lebensmitteln (naraz), in der Überbringung der Befehle (podwoda) und im Holzschlagen (proseca). Noch im 13. und 14. Jahrhundert entrichteten die Bauern im Oppelner Lande — dem Waldbreidtum entsprechend — ihren Lehnten in Honig, Sperber und Habicht, wie man anderswo sogar Eichhörnchen- und Marderfelle gab.

Aus dem Register von Lieft (registrum Wyasdens) vom Einnahmebuch des Breslauer Bistums aus dem Anfange des 14. Jahrhunderts (Liber fundationis), erleben wir z. B., daß 25 % der Ortschaften hierköstlich noch nach altpolnischer Sitte zinsten (more polonice). In 24 Fällen besteht der Zehnt aus Honig, in 5 ist es ein Sperber und in einem Falle ist es ein Habicht. Hörige Gärtner hatten in der Regel kleinere Grundstücke, welche sie gegen Grundzins und Erzeugnisse sowie auch persönliche Dienstleistungen bebauten. 1319 gab es z. B. in Frauendorf bei Oppeln 16 Gärtner, deren jeder jährlich 2 Groschen entrichtete, 4 Fühner Heuze und jährlich zweimal für das Kloster in Czarnonanz arbeitete. Aber auch noch aus späterer Zeit liegen uns urkundliche Belege für die Hörigkeitsverhältnisse in Oberschlesien vor. Noch am Ende des 16. Jahrhunderts waren die Bauern in Budfowitz, Kr. Oppeln, verpflichtet, auf ihrem Grund und Boden junge Sperber und Habichte aus den Nestern zu nehmen und für die fürstliche Herrschaft aufzuziehen. Und die Fischer bei Krappitz und Groß-Strelitz

\* Auch in Nr. 17 muß es „6.“ statt „5.“ heißen.  
1) Die Ritter befaßen nach dem jus militare einen freien Zehnt (decima libera). Es war ein altes Vorrecht des Adels, daß sie in der Zehntabgabe nicht an eine bestimmte Kirche gebunden waren. Die Zehntabgabe bei nicht freier Kirchengewalt nannte man decima in gonitawgonitaw = bestimmt abgegrünter Bezirk. Vgl. die Urkunde des Kollegatens zum hl. Kreuz in Oppeln.) Auch in kirchlicher Beziehung haben die deutschen Anwohner viele Vorrechte zu erreichen gewußt. Als die deutschen sich wegen des langen polnischen Ständes beschwerten, wurde 1262 zu ihren Gunsten entschieden. Durch sie ist es auch erreicht worden, daß der Garbenzehnt in einen Feldzehnt verandelt wurde. Solcher Erfolg aber war eben nur möglich, weil die „fremden Güter“ ins Land gekommen waren, wie dies eine Urkunde deutlich ausdrückt (qui ad incolendam terram eandem de Theutonia advenierunt). Die Verleihung einer Widm für die Pfarrei, ihre Ausstattung mit Grundbesitz nach deutscher Sitte entnahm dem fränkischen Rechte der Karolingerperiode. In dem 10. Kapitel des Kirchenkapitulars Kaiser Ludwig des Frommen von 818 wurde dies bestimmt.

müßten in eben dieser Zeit Schwanz und Flügel der gefangenen Wiber als Lederbissen ihrem Herrn abliefern.<sup>2)</sup> Unvernünftige Rücksichtslosigkeit und rohe Härte kam unter diesen Umständen die Lage der Bewohner bis zur Unerträglichkeit gestaltet haben. Jedenfalls aber war es ein sehr hartes Los. Und die vorhandenen urkundlichen Belege geben uns von dem kulturellen Tiefstand der slavischen Periode ein anschauliches Bild. Dieses vor allem muß man eben ins Auge fassen und recht würdigen, um sich der Bedeutung von der Einführung des deutschen Rechtes in Oberhieslesien durchaus klar zu werden und die eingewanderten Deutschen als Bringer der Freiheit zu begreifen!

In diesen trostlosen Verhältnissen der damaligen Hörigkeitsperiode sah man eben die deutsche Besiedelung einen durchgreifenden Wandel. Gerade eben gelockt durch zahlreich in Aussicht gestellte Vergünstigungen (Libertas) waren ja die fernem Deutschen ins Land gekommen, um sich der mißseligen Arbeit mit Erfolg zu unterziehen.<sup>3)</sup> Denn die deutsche Einwanderung in Oberhieslesien bildet eine ganz neue, glanzvolle Epoche in der Geschichte des Landes, da die Deutschen ein völlig neues Recht mit nach Schlesien brachten (jus theutonico). Nehmen wir einmal die Urkunde von 1247 von Herzog Wladislaus über Repten bei Beuthen vor. Die Einwanderer erhalten darin zugesichert: Freiheit von der Pflicht des Wagenstellens und Weggehens (prowod, slad, povoz sive eum planstro sive eum pedite non ducent). Sie brauchen nicht für den Unterhalt des fürstlichen Hofes zu sorgen (nec conductum procurant), sie sind frei vom Burgwachdienst und der Hauspfahabgabe (podevoroto et stroziam non solvent) und von den üblichen militärischen Verpflichtungen des Dopolbauern, Heereszug, Holz- und Burgenbau (ad expeditiones et proscas et edifices castris non procedent). In Zarzisl, Mr. Rosenber, werden die Ansiedler befreit von der polnischen Gerichtsbarkeit (Mastellan) und ihren Organen (immunes ab angariis, que exiguntur a Polonis, volumus autem, ut nec castollanus, nec aliquis iudex noster ibidem aliquod ius sibi usurpare presumant). Auch die Aenderung in dem Gerichtsverfahren ist sehr interessant. Bei dem polnischen Gericht war nämlich der Fürst und sein Beamter zugleich Richter und Urkaiser, während im Deutschen die Funktionen getrennt blieben, wodurch in der Verwaltung eine gewisse, sehr schätzenswerte Selbständigkeit erzielt wurde.<sup>4)</sup> Namentlich die neu entstandenen Stadtgemeinden waren bekanntlich die Träger dieses Prinzips. Nur die oberste Gerichtsbarkeit behielt sich gewöhnlich der Herzog selbst vor, wie wir dies z. B. aus der Urkunde von Repten deutlich erkennen (astabant soli duci). Auch die polnischen Gerichte ahmten schließlich die deutschen nach. So ist z. B. die auch in Oberhieslesien bekannte Haude kein altpolnisches Gericht, wie man die Historiker irrtümlich meinen, sondern einfach eine Nachbildung des deutschen Schwörsengerichtes. Aber trotz aller Wohlthaten, die das deutsche Recht dem Polen brachte, gewinnen wir — genauer betrachtet — doch den Eindruck, als wenn der Pole von Natur aus zum Sklavenstande zu sehr disponierte, daß viele nicht einmal fähig waren, den Wert der Freiheit richtig abzuschätzen!

Es ist für den Forscher heimatischer Geschichte nicht uninteressant, die vielen Fallbeispiele des gewinnbringenden Unternehmertums in Oberhieslesien an der Hand von Urkunden zu verfolgen. Die unternehmenden Landesherrn unterstützten mehrfach die von ihnen beauftragten Lokatoren in der ersten Zeit mit Geld und anderen Hilfsmitteln. Später kam es nicht mehr vor, da dann diese selbst mit Kapital ausgestattet sein mußten und ihr Geschäft bei zunehmender Kultivierung des Landes und eintretender Geldwirtschaft eine Art Spekulation wurde. Aber den Kapitalverwand hierbei erhalten wir manchmal genügende Kenntnis. So kaufte 1278 Graf Stephan von Bernitz, Mr. Gleiwitz, den einem andern Grafen gehörigen Teil des Dorfes dießem für 22 Mark ab und verkaufte das ganze Dorf 1279

an zwei Lokatoren zur Ansiedlung, indem er ihnen die 6. Hufe als Lokationsanteil überließ und 16 Freihufen gewährte. Für eine Hufe wurden 10—50 Mark bezahlt, so daß — auch bei einem auch nur mäßigen Kupfenpreis — infolge der Größe der Gebiete oft ganz überraschende Summen von Seiten der Unternehmer angewendet wurden. Mitunter kaufte der Ausfelder allerdings nur das Schuldenamt des Dorfes, jedoch mit der Verpflichtung, die Besetzung der Hufen zu übernehmen. So kauften 1290 zwei Lokatoren für 50 Mark das Schuldenamt in Krenzlin, Mr. Pleß, zu dem die 7. Hufe, 2 Mühlen u. a. gehörten, mit der Verpflichtung, das Dorf zu klämslichem Recht auszuführen. In der Dorsflur muß übrigens nach der Urkunde noch viel Waldboden vorhanden gewesen sein. Bei Unternehmungen großer Stils, wie in Ujest, wo der Lokator zugleich mehrere Dörfer auf einmal gründen sollte, war es nur möglich, wenn er auch in den übrigen Dörfern untergeordnete Lokatoren als Gehilfen anstellte. Es kommen aber auch eigenartige Fälle vor, bei welchen der Leiter des Unternehmens sich nur aus Gefälligkeit zur Lokation zu entbieten scheint. Im Jahre 1263 übernahm Marco, Palatin von Opatow, „auf Bitte“ des Abtes von Heubden die Besetzung von hundert großen Waldhufen, wobei er sich auf Lebenszeit die Zinsen ausbedung, während nach seinem Tode alles dem Kloster zufallen sollte. 6 Jahre später übergab der Graf 50 Waldhufen davon einem gewissen Heinrich zur Lokation unter normalen Bedingungen bei 15 Freijahren, so daß er — da er damals schon ein alter Mann war (denn er besaß einen erwachsenen Sohn) — während seiner Lebenszeit kaum noch den ausbedungenen Kupfenzins genossen hat. So tritt das Unternehmertum verschiedentlich auf, das für den Lokator geradezu eine Existenzfrage war, während der Grundherr selbst hierbei wenig oder gar nichts zu riskieren hatte.

Wie wenige Oberhiesler wissen etwas von dem großen Bahnbrecher der Kultur in unserem Lande, einem Herzog Kasimir von Opatow († 1280), der mit kraftvoller, zielbewußter Hand die deutsche Besiedelung in die Wege leitete und so für die Veredelung seiner Untertanen besorgt war. Im Verein mit der Kirche ergriff er uns — wie aus zahlreichen Urkunden zu erkennen ist — als Begründer und Verbreiter des deutschen Rechtes in Oberhieslesien, welches dem Lande von so unsagbarem Segen war und die eisernen Ketten der Leibeigenschaft — für ein gutes, doch unglückliches Bolt hart geschnitten und zu selbstthätigen Zwecken gemißbraucht — anfang zu brechen. Schon im Jahre 1225 sehen wir, daß der Herzog Kasimir dem Dorfe Kostental, Mr. Koßel, welches er mit deutschen Bauern besetzt hat, gleiches Recht verleiht wie seinem Dorfe Wila (= Jülz), ihnen einen Fleischer, Bäcker und Schankwirt bewilligt, sie von vielen Lasten befreit, von der allgemeinen Geldabgabe, dem Kriegsdienst außer Landes, und ihnen einen eignen Richter gewährt; nur die Todesstrafe behielt er sich vor. Auch der Bischof von Breslau, Lorenz, trat als Grundbesitzer in Oberhieslesien — schon 1155 wird das Gebiet von Ujest in der Nähe von Koßel als der Kirche gehörig bezeichnet (circumitus iuxta Cozli) — eifrig kolonisationsmäßig in die Fußstapfen des Herzogs. Dieser erteilte ihm, um ihm seine Gunst zu beweisen, das Recht, in seinem Landgebiete Deutsche anzusiedeln. Zugleich schenkte er dem Bischof auch den Ertrag von der Fischeri, mit Ausnahme der Wiber, und der Mühlen, sichert freie Jurisdiktion und behält sich nur das Münzrecht vor. Bei einem Kriege innerhalb des Landes sollen sich die Einwohner unter die Fahnen des Herzogs stellen; geht aber der Zug über die Grenzen des Landes hinaus, dann sollen sie nur drei bewaffnete Männer in eines der herzoglichen Schiffe schicken, und die damit verbundenen Ausgaben bestreiten, bis der Herzog in sein Land zurückgekehrt ist. Von dieser Verpflichtung aber sollten die Untertanen des Bischofs in den nächsten 5 Jahren befreit sein. Diese Verhandlung wurde in Koßel vollzogen. Bald nach der Rückkehr des Herzogs nach Opatow wurde aber dieser Verhandlung noch eine neue Bedingung hinzugefügt und in der Urkunde aufgenommen. Wenn nämlich ein herzoglicher Unterthan auf dem Landgebiet von Ujest ein Verbrechen begeht, so gehört das Strafgericht dem Herzog und nur ein Drittel durfte sich der Ortsrichter behalten. Sodann übergab der Bischof 1223 die ganze Anlage des Dries dem Vogt Walter in Reiffe, nämlich eines Marktes und mehrerer Dörfer nach Neumarkter Recht (tam locum forensium quam villas ibidem fundandas eodem iure quo utitur Novumforum, volumus ab eodem et per eundem locari).

Auch der Nachfolger Herzog Kasimirs, Wladislaus von Opatow († 1286) zeigt dem Breslauer Bischof seine Gunst und befreite dessen Hiesler in Oberhieslesien 1241 noch von weiteren Verpflichtungen, welche die Untertanen gegen ihn, als obersten Herrn des Landes, besaßen, besonders von Landesabgabe und der Heeresfolge, nur mußten sie, wenn der Herzog im Auslande Krieg führte, einige Bewaffnete in die herzoglichen Heeren stellen. Das Ober- und Untergeicht, sowie der 10. Teil des Ertrages von aufzunehmenden Bergwerken sollten dem Bischof gehören. Fernerhin gab der Herzog dem Bischof sogar 1243 das deutsche Marktrecht und bestimmte, daß die bischöflichen Untertanen von allen Lasten befreit sein sollten, mit Ausnahme der Landesverteidigung. Der Bischof selbst konnte einen Vogt einsetzen. Im Jahre 1260 gab der Herzog noch weitere Vergünstigungen. Als er in der Nähe der bischöflichen Stadt Ujest eine herzogliche Stadt, Schlanenwitz, gegründet hatte, die aber das Aufkommen der ersten hinderte, entzog er ihr das Marktrecht und bestimmte weiterhin sogar, daß die öffentliche Straße in Zukunft durch Ujest gehen sollte. Außerdem schenkte er mehrere Güter und 80 Hufen Land bei Woihschowitz. Nur bei einem Kriege über die Grenze sollten die Ansiedler 10 leere Wagen stellen, die nachher wieder zurückgegeben werden mußten.<sup>5)</sup> 1247 verleiht Herzog Wladislaus den deutschen Ansiedlern in Repten bei Beuthen, außer Befreiungen von vielen Lasten, das Recht des freien Vieles (plumbum habebunt liberum). Dieser Ausdruck in der Urkunde ist allerdings nicht ganz klar; denn wir wissen nicht, ob er sich auf den Bergbau bezieht oder nur auf den freien Verkauf des Vieles.

Aus den wenigen, hier gebotenen Proben der reichen Fülle urkundlicher Nachrichten über die deutsche Besiedelung Oberhieslesiens<sup>6)</sup> erkennen wir aber deutlich, wie damals Staat und Kirche eifrig bemüht waren, die Kultur unseres Landes zu fördern und das traurige Los der bedrückten Untertanen zu erleichtern. Machten doch die neugegründeten deutschen Städte und Dörfer auch schon rein äußerlich betrachtet, einen guten Eindruck durch die Regelmäßigkeit ihrer Anlage und ihre feste, solide Bauart. Der westliche Teil des Kreises Leobschütz war z. B. vollständig verdeutschet.

Die deutschen Städte Oberhieslesiens repräsentieren sich uns als wahre Zentren des Handels und wirtschaftliche Zentralisationspunkte. Ganz natürlich! Stadt und Dorf stehen zu einander in der denkbar innigsten Wechselwirkung. Die eine bedarf des andern zur geistlichen Fortentwicklung. Und erstere ist gar nicht denkbar ohne den bürgerlichen Hüchftand und ein fruchtbares Hinterland. Als festgelegertes Ganzes bildeten die Bürger bei uns die erste durch die Interessen für ihre Kreise belebte, selbständige Ordnung der Gemeinde. Schritt für Schritt macht sie mit erhöhter Wohlhabenheit allerdings auch das Selbstgefühl und damit das Streben nach unbeschränkter Selbstständigkeit und Freiheit.<sup>7)</sup> Unter diesen Umständen mußten selbst bald zwischen den Rägten und Vorständen der Bürger, den jährlich wechselnden Ratmannen, Streitigkeiten über Grenzen der Gerichtsbarkeit, Umfang der Rechte und Befugnisse beider Behörden eintreten. Wir sehen dies an dem Beispiel von Ratibor. Schon 1293 teilten die Schweinbäuer der Stadt Ratibor mit, daß der Vogt weder Ratmannen noch Schöffen zu wählen

<sup>1)</sup> 1247 erhielt Koße, Mr. Koßel, welches den Brüdern des Hospitals von Ujest in Breslau gehörte, vom Herzog Wladislaus Kenmarker Recht (nos, dei gratia dux Wladislaus de Opatow, ad petitionem fratrum hospitalium in Wratislavia conferimus libertatem iuris theutonici secundum statutum ius in Nowolore in villa, quae cosky vulgariter vocatur). 1310 erhält Danow, Mr. Leobschütz, deutsches Recht (ad omnes ibidem locos iure gaudeant supradictio). 1321 bekommen Wambor und Gschütz, Mr. Koßel, deutsches Recht (venod und seine Brüder, denen die Freiheit erteilt wurden, waren Zeuzsch und stammten aus Glatz, Mr. Leobschütz). 1293 erhält das Gatzowaner Gut Wenzig deutsches Recht. Sodann können wir öfters auch Umgehungen polnischer Dörfer zu deutschem Recht nachweisen. Dies geschah z. B. in Klein-Dobren, Mr. Opatow, 1328.

<sup>2)</sup> Wir haben von sehr vielen Urkunden Oberhieslesiens Belege für die Bewirtung mit deutschem Recht. Als z. B. 1274 die Bewirtung des Gatzowaner Gutes Koßel, Mr. Koßel, zwischen übertragen wurde, wurde das Dorf germanisiert. Wambis. Im Jahre 1305 hatte es 13 Hufen, von denen jede ein Walter Woihschütz entrichtete (Item in Wroblin XIII maner et totidem maldrate triplicis anno). Der Woihschütz aber wurde in Salsen erst von der deutschen Kolonisten eingeführt; die Polen gaben den Feld- oder Garbenzehnten! 1246 hat Bernitz, Mr. Gleiwitz, deutsches Recht, 1248 Grotz, 1271 Retzsdorf.

<sup>3)</sup> Infolge der damals auch in Oberhieslesien vorhandenen Minderheiten schloffen die damals häufig emporstrebenden Städte auf Anregung des Herzogs Wladislaus von Opatow 1384 in Ober-Glatz ein Städtebündnis zum Schutze gegen Norddeutsche und abelige Begehrer. Zu diesem Bündnis gehörten 21 Städte, darunter waren Opatow, Oberglogau, Neustadt, Falkenberg, Jülz, Steinau.

## Karl Heinrich Sabian v. Reichenbach.

zu seinem 100 jährigen Todesstage, 8. Mai 1820.

Von Heinrich Uppa.

Der Name Graf K. H. F. v. Reichenbach dürfte der Allgemeinheit heutzutage kaum mehr geläufig sein. Was verschlägt es indes, wenn wir die mit ihm verknüpften guten Taten vorleben. Und das soll sich jeder gesagt sein lassen, vornehmlich unsere oberhieslesischen Landsleute, daß Karl v. Reichenbach, der erste Präsident der 1816 neuerrichteten Opatowener Regierung, mit derenzeitige war, auf dessen Arbeit und Verdienste ein sehr erhebliches Teil Wohlhabenheit, Ehre und Ruhm des Oberhieslesierlandes noch in der Gegenwart ruhen. Was er einst vor einem Jahrhundert zum Wohle unserer engeren und weiteren Heimat geschaffen, das wird nimmer vergessen und sie nachfolgend in kurzen Zügen in pflichtgemäßer Dankbarkeit in Erinnerung gebracht.

Aus Reichenbachs Leben sei erwähnt: Er ist zu Bodanowitz, Kreis Pohnberg, einem hart an der polnischen Grenze gelegenen Dorfe, 14. November 1778 geboren. Sein Vater, Inhaber der Herrschaft Bessel bei Wis, ein wissenschaftlich vielseitig gebildeter, von Geburt- und Standesunterschieden freier Mann, ließ dem Sohne eine ausgezeichnete Erziehung angehen. Durch gediegene Hauslehrer sorgsam vorbereitet, bezog der Vierzehnjährige das Pädagogium zu Halle und nach 4 Jahren die Hochschule zu Frankfurt a. O. (1811 mit der Breslauer vereinigt). 1798 trat er in den praktischen Staatsdienst ein, zuerst beim Kgl. Kammergericht

in Berlin, dann als Assessor bei der damaligen höchsten Gerichtsbehörde zu Warschau und ein Jahr später in gleicher Eigenschaft beim Kgl. Oberamte in Breslau. 1805 wurde Reichenbach Rat bei der Kriegs- und Domänenkammer zu Breslau (und ging damit aus der gerichtlichen in die verwaltende Laufbahn über). 1809 unter Umgehung der Rangordnung Leiter der Breslauer Regierung. In den preussischen Unglücksjahren bewährten sich die überlegenen Fähigkeiten des jungen Beamten in hervorragender Weise, so hauptsächlich im geschäftlichen Verkehr mit den Befehlshabern der feindlichen Besatzungstruppen und bei der von Königshagen aus organisierten Wiedergeburt des Vaterlandes. Eine unbekannt gebliebene Feder schildert Reichenbachs Tätigkeit in dem erwähnten, ewig denkwürdigen Zeitabschnitte etwa wie folgt: Mehr als 3 Jahre der bedrängtesten Zeit leitete er in der erweiterten Stellung mit fester Hand den Geschäftsgang. Es war eine herbe Epoche. Aus verfestigten Quellen sollten ungewöhnliche Forderungen des Staatshaushaltes beschriebigt werden, und sie wurden es ohne Druck und ohne Murren. Aber als in den ersten Monaten des Jahres 1813 die edle preussische Nation auf den Ruf ihres ritterlichen Monarchen hin wieder erstand, als zur Abschüttelung des fremden Joches das vaterländische Panier in Breslau aufgepflanzt wurde, war Graf Reichenbach einer der kräftigsten Leiter und Verbreiter jenes elektrischen Funkens, welcher in die brennoffschwängere Masse des Volkes geworfen wurde, und bald nachher zu einer hehren Siegesflamme aufblühte, deren Abglanz mit unvertilgbarer Feuerchrift in den Annalen der Welt und Völkergeschichte fortleuchtet wird. Für seine regere Teilnahme an der Aufrüstung und Bewaffung des

Volkes wurde dem Verstorbenen das wohlverdiente eiserne Kreuz.

Als Vorsitzender der Opatowener Regierung umfaßte Reichenbachs Obforge — was an und für sich ja selbstverständlich ist — gleichmäßig alle Stände, die Landwirtschaft, den Gewerbebetrieb und Kunstfleiß. Sein Geist gab überall wohlthätigen Anstoß und verbreitete Leben und Wärme. In letzterem Kreise lebte er seine ganze Kraft für Oberhieslesien und sein Vaterland ein. Man hing ihm in richtiger Erkenntnis seiner äußerst zweckmäßigen Maßnahmen willig an, und selbst jene, welche sich an seinen zuweilen schroffen, infolge krankhafter Zustände Abgängen und daher entschuldbar Bescheiden stoßen mußten, erhien in ihm doch den edsten Preussengeist, den Geist der Ordnung und der Pflicht, den man heut in Verfernung oftmals schmähst. In ihm und durch ihn gewann Oberhieslesien den schon vor 100 Jahren deutlich sichtbaren kulturellen Vorsprung gegenüber den angränzenden slavischen Landstrichen. Zum Beweise dafür nur den Auspruch eines damaligen angesehenen Krafauer Großkaufmanns: Bei euch (Preußen) ist alles eben anders und besser als bei uns. — Die ständige geistige Anstrengung, welche sich selbst in Leiden keine Ruhe vergönnte, zermürbte schließlich auch den Körper. Reichenbach ahnte die vorzeitige Auflösung. Er kehrte sich jedoch nicht daran und schlug alle wohlgemeinten Vorstellungen zur Schonung in den Wind. Während und beruhernd zugleich ist zu lesen, was eine Stizze aus 1820 darüber berichtete: Selbst in dem soporen Zustande, welcher Reichenbachs Geist unblutete, fand er sich — wohl nicht sorgfältig gehütet — wenige Tage vor seinem Hinscheiden und als die Nachricht

# „Der Oberschlesier“

ist ein Sprechsaal für Jedermann. Gehaltvolle, sachliche Darlegungen von Angehörigen aller Schichten, Berufe, Richtungen und Parteien werden unterschiedslos abgedruckt. Wir bitten um rege Aussprache.

**Leb, haltet, verbreitet den „Oberschlesier.“**

habe. Nicht dem Bogte, sondern den Ratmännern stehe die Bestrafung der Pfeiffertuchler zu und den Kerjamen, welche bei Weinverläufen etwas verdrücken, des Nachts nach dem Glockenschlage herumstrichen, die Befestigungswerke beschädigten, Wege und Gänge nicht besserten, den Mist nicht zur gehörigen Zeit aus der Stadt führten, sowie überhaupt die Gerichtsbarkeit über alles, was Lebensmittel, falsches Maß und Gewichte anbelange. Auch Oppeln sehen wir schon vor der völligen Verleihung mit Neumarkter Recht ganz als deutsche Stadt eingerichtet. Schon 1258 wird ein Stadtvogt dafelbst genannt. Und die Neumarkter Ratsherrn schreiben an „die Konpult, Schöffen und gesamt e Bürgerchaft der Stadt Oppeln.“) Als die Neumarkter 1327 an Oppeln die erbene Miltelung über ihr Recht machten, ersehen wir, daß sie die Kenntnis des Deutschen voraussetzen, da sie in der lateinischen Urkunde viele Hauptwörter, des besseren Verständnisses halber, deutsch bezeichnen, so z. B. „Nabe“, „Bergewette“, Speistauf (die Entschärfung über die Maßgefäße), Wege-lagerung, Notzucht, Heimjudung (d. i. Einbruch). Vogt und Schöffen galten aber auch als Oberhof für die übrigen Städte und Dörfer des ganzen Herzogtums, sowie uns dies von der Stadt Ratibor 1286 ausdrücklich bezeugt wird. Urkunden beweisen das. In einem strittigen Falle holten sich die Bürger von Nitrow das Recht von Oppeln mit dem Hinweis darauf, daß sie „ein beschriebenes Magdeburger Recht haben.“ „Da haben wir“, heißt es weiter, „das Recht lassen hold- und kaufen“. Für Kriminalfälle war das Landgericht (judicium provinciale) eingesetzt. Auch nach Beuthen und Larnowitz kamen infolge des Bergbaues viele deutsche Einwanderer.

Im 14. Jahrhundert hatte das Deutschtum auch in Oberschlesien seinen Höhepunkt erreicht. Deutsche Urkunden beweisen dies, die selbst bei Westfalen in Gebrauch kamen. Und zur Zeit Kaiser Karls IV. ward selbst an den Gerichtshöfen an Stelle der bisher üblichen lateinischen Sprache die deutsche gesetzt. Wir haben auch sonst noch mannigfache Belege für deutsche Art in unserem Lande, von denen wir nur einige hier herausgreifen. . . 1380 schreibt der herzogliche Schreiber, Pfarrer Heinrich von Büzg, dem Herzog von Glatzenberg eine Urkunde in deutscher Sprache. Viele Schulmeister in Ober- und Mittelschlesien nach Ausweis der Chroniken nicht nur lateinisch, sondern auch polnisch und deutsch. Der Ort Neugarten bei Ratibor (im Gegensatz zu Altendort, stara wieś, genannt), der 1313 ein Schulzen besaß, weist aus dem Jahre 1381 eine in deutscher Sprache abgefaßte Urkunde auf. Die Namen der dortigen Grundbesitzer sind nach Klang und Schreibweise durchaus deutsch. Wir haben fernerhin aus vielen Städten Listen von Bürgernamen, welche uns für die Vorherrschafft des Deutschtums einen durchaus unzweifelhaften Beleg liefern.<sup>6)</sup> Besonders hat — um ein Beispiel herauszuheben —

<sup>7)</sup> Honorabilibus viris ac discretis consulis, scabinis et uni versis civibus in civitate Oppolensi.

<sup>8)</sup> Als Beispiel seien hier aus der Stadt Oppeln nur einige im 16. Jahrhundert vorkommende Bürgernamen angeführt. Es sind dies: Apotheker, Ballwäger, Beder, Bulmann, Buchhart, Fleischer, Geisler, Guttschick, Grund, Habicht, Hartmann, Hans, Darnig, Kästler, Kranz, Krebs, Krog, Kunze, Knepper, Müller, Neudorfer, Reugebauer, Ortel, Radul, Seidenleder, Schneider, Schrotter, Scholter, Ziemmes, Schmidt, Schwerdtfeger, Schüller, Schwarz, Stiesel, Stolz, Spittler, Trautwein, Tücke, Ueberfährt, Weber, Wasche, Wäge, Weidner, Weiß, West, Zimmermann. — Dasselbe Ergebnis haben wir, wenn wir auch auf den Dörfern bei Oppeln Umschau halten. Es begegnen uns da Namen wie: Angel, Fiedler, Förcher, Fischer, Gelle, Gottesmunder, Göttemann, Kaufmann, Kretschmer, Leinweber, Schneider, Scholz, Staube, Topfer, Vogelsteller, Vogt, Winkler, Zimmermann. Es muß indes noch hinzu bemerkt werden, daß sich sehr viele von diesen Namen noch häufig wiederholen. Allüberall, wohin wir unsere Blinde forschend in die Vergangenheit schweifen lassen, sehen wir, daß es nirgends ein „polnisches“ Oberschlesien gibt, sondern uns durchweg ein gemischtsprachiger Charakter der Bevölkerung entgegentritt!

in O p p e l n das deutsche Element auch seit den Tagen der Herrschaft des brandenburgischen Markgrafen noch weiterhin stark zugenommen, umso mehr als die dem evangelischen Glauben sich zuwendende Bevölkerung sich eben sehr aus dem deutschen Teile des Ortes rekrutierte. 1566 erstrebte, wie wir aus einer Pittschrit an die königlichen Kommissarien ersehen, die deutsche Bevölkerung Oppelns die Verlegung der deutschen Kanzlei samt ihren Einkünften aus der Kreuzkirche in das von den Minoriten verlassene Niederloster. Man begründete die betreffende Forderung damit, daß in der Pfarrkirche g l e i c h z e i t i g deutsch und polnisch gepredigt wurde, was natürlich zu großer Störung Anlaß gab, und die Zuhörer nur verdröß. Die G l e i c h z e i t i g e Bürgerliste von 1534 zeigt gleichfalls einen deutschen Charakter; 113 Vertreter des Deutschtums stehen nur 44 Repräsentanten des Slaventums gegenüber. In Ratibor, Ober-Glogau und Oppeln fanden sich Kollegiatkirchen. Vogt und Schultheiß waren meist in einer Person vereinigt. Von der größten Anzahl ober-schlesischer Städte wissen wir, daß sie vor 1300 gegründet worden sind, sodaß also die deutschen Besiedelungen, soweit sie die Städte betreffen, damit zum Abschluß gekommen sind. Kosel wies einen Kastellan auf. Büzg und Ober-Glogau dienten als Festungen.<sup>9)</sup>

## Kritik an der Kritik des Pfarrers Dr. Nieborowski.

Von Verfasser der Broschüre „Die ober-schlesische Frage.“

Jeder Kritiker muß mit möglichster Objektivität und Wahrheitsliebe unter Auslassung aller persönlichen Momente in erster Linie den Tatbestand in den Vordergrund stellen. Diese notwendige Voraussetzung erwartet man umsonst von einem Kritiker, der sich in politischen Kämpfe selbst auf seine geistliche Würde beruft. Wenn es an sich gefährlich ist, nach einer Blütendecke von Ausprüchen und nach aus dem Zusammenhang herausgerissenen Gedanken-gängen ein Werk zu zerzaulen und zu beurteilen, so bedeutet es, gelinde gesagt, mindestens einen sträflichen Leichtsin, mit der Wahrheit so umzugehen, wie es leider Dr. Nieborowski in seiner Kritik an der Broschüre „Die ober-schlesische Frage“ getan hat. Um nur einen Punkt heraus-zugreifen. Dr. Nieborowski schreibt, daß die Wahl des katholischen Pfarrers Raffel zur Friedenskonferenz, den ich übrigens aus prinzipiellen Gründen gern hätte, genauger bei den Polen üblichen Übertreibung als eine „Schmach“ bezeichne. Dies ist eine Verdröherung meiner Angaben. Nicht die Wahl des Pfarrers, sondern den Geheimrat, wonach fast jeder irgendwem wichtige Beamtenposten vom Landrat bis zum Nachtwächter möglichst mit evangelischen, nicht ober-schlesischen Beamten besetzt wurde, und noch mehr die berechtigten Schmarnenzulagen, sowie die doppelte Anrechnung der Dienztzeit, wodurch unsere Heimat auf die Stufe eines Kolonialgebietes herabgedrückt wurde, bezeichne ich als Schmach, was auch jeder gerecht denkende Deutsche zugeben wird.

Soll das etwa Aufrichtigkeit sein, wenn Dr. Nieborowski zu Anfang seiner Kritik mutmaßt, daß der Verfasser wegen seiner ersten Sprache wie der Beobachtung seelischer Interessen ein Geisteskranker sei, während er später sogar ganz persönliche Momente über ihn anzuführen weiß? Während ich mich bemüht habe, alles Persönliche aus meiner Broschüre auszuschalten, die Namen absichtlich wegzulassen, selbst bei Personen, die allgemein bekannt sind, um nur das ober-schlesische Volk in den Vordergrund treten zu lassen, hat leider Dr. Nieborowski gerade das Persönliche in seiner Kritik herangezogen und sogar vor Verleumdungen seines Amtsbruders nicht Halt gemacht. Anders kann ich mir die Behauptung nicht erklären: „Es ist bekannt, daß andere Gründe vorliegen, welche ihm nicht ganz zum Ruhme gereichen.“ Ich bin mir nicht eines einzigen p e r s ö n l i c h e n ehrenrührigen Grundes bewußt, der mich zum Austritt aus dem Bunde veranlaßt hätte. Nicht egoistische Ziele, nicht finanzielle Gründe haben mich bewogen, für die Rechte des ober-schlesischen Volkes zu einer Zeit einzutreten, da man unsere ober-schlesische Eigenart nicht kennen konnte oder wollte und ihre Verfechter als Hochverräter oder Renegaten verfolgte.

<sup>9)</sup> Manche Orte Oberschlesiens hatten im 13. Jahrhundert den Charakter eines Marktsteden, so Molau, Kr. Ratibor und Brosslawitz bei Larnowitz.

Als Kind dieses armen Volkes, das jahrhundertlang unter der schweren Knechtschaft gekämpft hat, empfand ich es als meine heiligste Pflicht, nicht nur meine Zeit und mein Geld für mein Volk zu opfern, sondern ich habe wiederholt sogar mein Leben eingesetzt. Der längere Aufenthalt in der Schweiz, die Friedensbedingungen und nicht zuletzt die Erkenntnis, daß auch im selbständigen Oberschlesien die unteren polnischen Schichten sich schwer durchsetzen und eventuell dem internationalen Kapitalismus verfallen könnten, Gründe, die ich eingehend in dem Kapitel: „Die materialistisch-technische Kultur und die ober-schlesische Volksgemeinschaft“ dargelegt habe, haben mich nach großen Opfern zum Austritt veranlaßt. Gerade dieses wichtige Kapitel hat Dr. Nieborowski, sei es, daß er es nicht verstehen wollte oder, trotzdem er Oberschlesier ist und den einfachen Bürgerkreisen entstammt, nicht verstehen konnte, gänzlich unterdrückt und den Satz: „Es bleibt somit nur die eine Lösung übrig, durch einen Anschluß an Polen die vorherrschende Macht der Ober-schlesier zu brechen und das ober-schlesische Volk zur Geltung zu bringen“ aus dem Zusammenhang herausgerissen; dem zum Verständnis wäre unbedingt noch der Nachsatz notwendig gewesen „denn müßte die kulturelle und wirtschaftliche Selbstständigkeit des ober-schlesischen Volkes gewahrt und gefördert werden, damit das Gemeinschaftsgefühl zur Entfaltung gelangt und eine friedliche organische Eingliederung der oberen deutschen Schicht in das ober-schlesische Volksgange gewährleistet bleibt.“ Unter der Ober-schlesier verzeihe ich nicht so sehr den Indulfricadel, als vielmehr die ober-schlesische Bürokratie, die bisher eine praktische Verwirklichung der Gleichberechtigung zu verhindern suchte. Nur eine vollkommene Gleichberechtigung der polnischen und deutschen Bevölkerung kann eine friedliche Entwicklung Oberschlesiens gewährleisten. Diese Idee hat mich bei der Abfassung der Broschüre geleitet und ist überall für jeden Klardenkenden wahrnehmbar, nur nicht für Dr. Nieborowski, der sie in seiner Kritik gänzlich unerwähnt läßt. Eine weitere Verleumdung bedeutet auch die Behauptung, daß die zwei Anhänge über die soziale Frage und das amerikanische Großkapital wohl nur die vorgeschriebene Füllzahl ausfüllen sollen. Ich habe aus meinen Mitteln ohne jede finanzielle Absicht nur aus Liebe zum Volke die Broschüre herausgegeben. Wenn schließlich Dr. Nieborowski als Vorbild und Autorität einen Mann wie Pronobis heranzieht, einen Mann gegen den so schwerwiegende, ehrenrührige Anklagen erhoben werden und welche dieser auf sich sitzen läßt, einen Mann, der von allen gerechtfertigten Leuten abgeschüttelt wird, dann kann ich die Wahl eines solchen Geminnungs-genossen und einer solchen Autorität kaum für möglich halten. Wie Dr. N. den Pronobis auf dieselbe Stufe oder noch höher als den Universitätsprofessor Brüdner stellen kann, bleibt mir vollends unerklärlich.

Auf die vielen logischen Inkonsequenzen in seiner Kritik will ich gar nicht eingehen. Nach dem berühmten Grundsatz: Was man nicht definieren d. h. verdröhen kann, das schiebt man als ein Neutrum an, unterdrückt er alle ihm unangenehmen Stellen und gelangt, obwohl er zu Anfang seiner Kritik selbst zugibt, daß der erste Teil historisch und politisch wertvoll ist, indem er alle Phasen und meist die notwendigen Dokumente der ober-schlesischen Autonomiebewegung übersichtlich darstellt, zu dem entgegengesetzten Urteil, daß die Broschüre keine Klarheit und kein grundlegendes Material bringe. Daß in einer Broschüre nicht die volle Lösung der verwickelten ober-schlesischen Frage, an der die größten Politiker arbeiten, gebracht werden kann, ist jedem klar, darum bezeichne ich sie ja gerade als B e i t r a g zur ober-schlesischen Frage. Nebenbei bemerke ich noch, daß Dr. N. für mich nicht die Autorität ist, durch die ich mir meine nationalökonomischen und politischen Kenntnisse erst approbieren lassen müßte, ehe ich für meine Heimat eintreten darf.

Für mein armes Volk verfaßt, hat die Broschüre nur den einen Zweck, die heilige Pflicht der Gleichberechtigung und Ver-zöhnung beider ober-schlesischen Lager anzubahnen. Nachdem die preussische Regierung hierin versagt hat, nachdem auch die vollkommen Selbständige nach Abschluß der Friedenskonferenz und bei den Gefahren des internationalen Kapitalismus wenig Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung bietet, betrug mich die Liebe zu meiner armen Heimat, dort für die ober-schlesisch-polnische und deutsche Bevölkerung eine Rettung zu suchen, wo man nach anfänglicher Unkenntnis endlich unsere furchtbare Lage zu verstehen beginnt und uns entgegenkommen will. Bei einer weitgehenden Autonomie können wir trotz eines Anschlusses an Polen selbst unsere sozialen Schäden

von seinem Ableben den Augenblick erwartet werden dürfte, gleich einer halbverklärten Erscheinung noch einmal zur Sitzung ein und verließ nach kurzem stürmischen Verweilen auf immer den Kreis der vom Schweden erstarnten, dem Schmerz zu Thränen gerührten Mäde, um wenige Tage nachher, noch nicht 42 Jahre alt, in das Land der Ruhe, welche seinem rastlosen Geiste hier nicht vergönnt war, sanft hinüberzuschlummern.

Am 8. Mai 1920 ging das völlig dem vaterländischen Dienste geweihte, leider viel zu kurz bemessene Leben des Grafen Reichenbach zu Ende. Die Saat, welche es gestreut, wirkt aber noch heute segensreich bei uns fort. Möge man dem trefflichen Manne stets nachzueifern tradten. Mögen besonders alle Oberschlesier, gleichviel welcher Sprache und politischer Richtung, nie erlahmen in dem Streben, das Erbe der Väter, welches Reichenbach selbstlos mit gestiftet, zu wahren in alle Zukunft. Das wird wohl das beste Gedenken sein am 100 jährigen Todestage unseres ersten O p p e l n e r Regierungspräsidenten, des Grafen R. G. F. v. Reichenbach.

## Breslauer Musikbrief (Messwoche.)

Anlässlich der ersten Breslauer (Friedens-)Messe hatte man sich in allen Kreisen gerüstet, möglichst viel bieten, so recht „großstädtisch“ auftreten zu können. Ob es freilich nicht vielleicht besser gewesen wäre, etwas mehr auf die Qualität statt auf die Quantität zu achten, vermag ich, was die auf der Messe vertretenen Waren und Maschinen angeht, nicht

zu beurteilen (sprechen dabei doch Rohstoffknappheit, Valutennotierung u. v. a. m. mit). Bei den drei „großen“ Musikfesten jedoch, die die rührige Konzertdirektion Wolff (sicher nicht zu ihrem Schaden) in der Messwoche veranstaltete, kann schlechterdings nur ihre v ö l l i g e Q u a l i t ä t l o g i k e i t festgestellt werden. Die Programme dieser drei Messkonzerte schon sprechen Bände. Freilich: Namen wie Schillings, Leo Blech, oder Barbara Kemp werden nie ihre Wirkung verfehlen. Damit ist auch nichts gegen die Künstler selbst gesagt, was ihre künstlerische Vollkommenheit herabsetzen könnte. Aber das Unbekannte, das Programm! Von zwei bisher für Breslau unbekanntem schillingschen Kompositionen abgesehen durchweg längst Bekanntes, so unvorzeihlich wie möglich zusammengestellt. Man hätte erwarten dürfen, daß der ganzen Aufmachung nach etwas anderes geboten werden würde, als z. B. eine so bekannte Konzertnummer wie das „Gegen-licht“ (Text v. Wildenbruch), oder noch schlimmer ein Wagner-Abend, nichts als Vorspiele, die, wie man so sagt, wohl jede mittlere Kapelle „im Schloße“ spielen kann und dazu nicht erst Herrn Leo Blech aus Berlin braucht, der das Programm in schlimmster Weise herunterdirigiert, nein: hegte, wohl um möglichst schnell wieder nach Berlin zu kommen. Nein, das ist keine „Kunst“, und die Breslauer, die doch immer so viel für den Opernmetall übrig haben, um mit anderen großen Bühnen Schritt halten zu können, sollten endlich einmal ihr Augenmerk auch auf das K o n z e r t leben richten, das seit geraumer Zeit nur noch stagniert, aber nicht mehr lebt. Es ist immer daselbe, Schubert, Brahms, Hugo Wolf bei den Sängern; Beethoven, Bach und Mendelssohn mit ihren abgedroschenen Werken oft — es gibt nichts anderes. Oder

doch? Wo bleibt Brüdner, Mahler; wo bleiben moderne Autoren, wie Stráyer, Unger, Braumfels, Stephan; garnicht zu reden von den sog. Madralen in der Musik, von Arnold Schönberg, Varot oder Busoni? Ein kleiner Trost bleibt Breslau jedoch: daß es in den meisten anderen Städten auch nicht viel anders ist. Warum geht es aber z. B. in Köln, das eine Höhe seines Musiklebens erreicht hat, von der Breslau noch weit entfernt ist. Dieser ganze Stagnationszustand ist jedoch nur scheinbar, und künstlich herbeigeführt; es kann hier nur kurz auf die Gründe für diese Erscheinung hingewiesen werden; sie liegen teils in dem Musikagentenwimmel mit seiner Spekulation auf den Geldbeutel des breiten Publikums, teils in der ablehnenden Haltung der Presse wie der Fachpresse der neuen Musik gegenüber.

Umso erfreulicher ist es daher berichten zu können, daß Julius Brüdner anlässlich seines 25 jährigen Dirigentenjubiläums (5. Mai) gewillt ist, sich des größten Sinfonikers seit Beethoven: G u s t a v M a h l e r s anzunehmen, dessen 2. Sinfonie er am 5. Mai zur Erstaufführung bringt. Müß man denn wirklich immer erst tot sein, bevor einen die Leute leben lassen? schrieb Mahler nach der Kölner Aufführung seiner „Fünften“ an einen Freund. Er wird leben! Leben im Sinne jenes klopftischen Auferstehungsghymnus seiner 2. Sinfonie, die dieser Tage als neuer Trost in schaler, über Zeit über uns kommt.

Wlf. Weidies.

## Lebt den Oberschlesier!

weisen, aus unseren reichen Mitteln die Kriegsverletzten, Witwen und Waisen besser versorgen, als es bisher geschah, unseren altgedienten Beamten eine ausreichende Pension sichern. Nur von den bisherigen Beamten gewillt ist, für Oberschlesien zu arbeiten, kann auch weiterhin seine Kräfte unserer Heimat widmen. Die volle Gleichberechtigung beider Völkstämme wird den heißersehnten Frieden für Oberschlesien und damit seine glückliche Zukunft sichern. Sind beide Lager noch vor der Abstimmung unter sich einig, so können sie diese Autonomie mit geringer Mühe erreichen, während sonst die Gefahr besteht, daß sie die kostbare Zeit bis zur Abstimmung im gegenseitigen Kampfe und grenzenloser Verbitterung vergeuden. Mögen darum alle Oberschlesier, ob polnischer oder deutscher Abstammung, nur um das Wohl ihrer Heimat besorgt sein, alle auswärtigen Helfer die allein die Unruhe in das Volk hintragen, weil sie um ihre Stellung besorgt sind oder nur ihr Interesse im Auge haben, endlich verstummen lassen und in der Politik alle gehässigen und persönlichen Angriffe vermeiden. Dann wird der politische Kampf nicht zu einer gegenseitigen Verbitterung und Verhetzung führen, sondern zur gegenseitigen Aufklärung und verständnisvollen Nachsicht und den heißersehnten sozialen und politischen Frieden noch vor der Abstimmung andahnen.

## Monatschronik für April 1920.

### Tagesvorgänge.

Der Fürst von Pleß beging am 23. April seinen 59. Geburtstag.

Die Brotration ist vom 26. April ab um 500 g wöchentlich erhöht worden; das für die erhöhten Rationen gebrauchte Mehl ist Roggenmehl, das bis zu 80 % ausgemahlen ist, während das andere Mehl bis zu 90 % ausgemahlen ist. Dennoch besitzt das Mehl für die erhöhten Rationen größere Nährkraft als das andere Mehl.

Die Kopf- und Handarbeiter hielten in vielen Orten des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes Protestversammlungen ab. Die nachvollständigen Kundgebungen zeigten, daß es der deutschgesinnten Bevölkerung Oberschlesiens mit der Forderung nach Freiheit und Gerechtigkeit heiliger Ernst ist; die deutschgesinnte Bevölkerung Oberschlesiens steht geschlossen zusammen in der Verteidigung ihrer Rechte. Der einmütige Wille hat die Kopf- und Handarbeiter zusammengeschweißt. Das ist eine erhebende Erscheinung in dieser bewegten Zeit.

Die Angestellten in der Großindustrie hatten einen Streik vorbereitet. Kurz vor Ausbruch des Streiks gelang es einem Schiedsgericht, das aus Vertretern der deutschen Republik und der internationalen Kommission bestand; — außerdem waren Sachverständige zugezogen — eine Einigung zwischen den streikenden Parteien zu erzielen. Auf diese Weise wurde der Angestelltenstreik vermieden.

Die neue „Oberschlesische Volkspartei“ arbeitet rühmig und nicht ungeschickt und sucht Deutsche für ihre Zwecke zu gewinnen. Das Bestreben dieser Partei richtet sich in der Hauptsache darauf, die Angliederung Oberschlesiens an Polen zu erreichen. Die Partei ist also eine polnische. Sonntag, den 25. April, veranstalteten die Polen in etwa 10 Orten, u. a. in Katowitz, Königshütte, Myslowitz, Nikolai, Pleß, Protestversammlungen, um „gegen den unbegrenzten deutschen Terror im Abstimmungsgebiet“ zu demonstrieren. Es wurden folgende Forderungen aufgestellt: Entfernung der Sicherheitspolizei

und Gendarmerie und Erziehung derselben durch deutsch- und polnischsprechende Oberschlesier. Einsetzung polnischer Kontrollbeamten bei Landratsämtern und anderen Behörden, auch in den Schulen, Verbot der Einreise deutscher Agenten nach dem Abstimmungsgebiet, Ausweisung derselben, sofortige Überführung der Lebensmittel, die aus Polen hierher bestimmt sind und „an der polnischen Grenze liegen geblieben sind“. Die Versammlungen waren diesmal nicht so stark besucht wie z. B. die vorjährigen.

Am dem Redenden am 11. in Königshütte, das bekanntlich von den ober-schlesischen Grafen von Reden errichtet worden ist, ist die Inschrift fast gänzlich unleserlich geworden. Es bestand die Absicht, am 5. Juli 1915, dem 100. Todestage Nebens, etwas für die Aufrichtung des Denkmals zu tun; aber dies unterblieb wegen des Krieges. Nunmehr soll die Stadt Königshütte die Pflege des Denkmals übernehmen.

Städtischer Oberförster Kosska in Leobjühz wurde zu seinem 80. Geburtstag von der städtischen Körperschaft in besonderer Weise geehrt.

Dem Pastor prim. und Superintendenten Hof in Kattowitz wurde von der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Breslau die Würde eines Doktors der Theologie verliehen.

Der früher in Kattowitz wohnhaft gewesene Baumeister Josef Kuz, Erbauer der Reichsstadtkaserne in Chorow, jetzt in Weizwasser bei Reichenstein, wurde zum Preussischen Kommerzienrat ernannt.

Der frühere Oberhäuer Johann Kania in Hohenlünde hat der Florentinegrube 70 Jahre treue Dienste geleistet.

Ednhmachermeyer August Köhler in Kreuzburg O.S. hat sein 50jähriges Meisterjubiläum begangen, aus welchem Anlaß die Handwerkskammer Oppeln dem Jubilar ein Ehrendiplom stiftete.

### Industrie und Handel.

In letzter Zeit steigt die deutsche Mark im Werte. Das Steigen hat seinen Grund darin, daß das Vertrauen zu Deutschland und seine Arbeitskraft gewachsen ist, daß Deutschland auch Rohstoffe erhalten und mehr arbeiten kann. Nun wächst auch im Innern Deutschlands die Wertschätzung des Geldes. Man erwartet — wohl auch nicht mit Unrecht — einen Preisrückgang auf allen Gebieten.

Die ober-schlesische Eisenindustrie leidet unter der unsicheren politischen Lage. Eine Gelandung der Verhältnisse kann erst eintreten, wenn es gelingt, eine Preisregelung und geordnete Verhältnisse in der Ausfuhr herbeizuführen. Freilich ist es nicht möglich, dem Schieberium so schnell ein Ende zu bereiten. Da in den Kohlengruben nach Wiederaufnahme der Tätigkeit mit ziemlicher Stetigkeit gearbeitet wird, ist die Belieferung der Eisenwerke etwas besser geworden; doch ist sie immer noch unzureichend, auch die Erzzufuhren erweisen sich als nicht ausreißend. Die Klage über Mangel an Rohstoffen will noch nicht verstummen. Die Werke können also nach wie vor nur in eingeschränkter Weise arbeiten. Eine Erweiterung der Erzeugung läßt sich fast nirgends ermöglichen. Die gestellten Anforderungen lassen sich nicht erfüllen, weil die Bautätigkeit mit dem eingetretenen Frühjahr reger geworden ist. Die Ausfuhr kann auch weiterhin nur in bescheidenem Maße befriedigt werden. Doch tun die Werkbesitzer alles, um die Beziehungen mit dem Ausland aufrecht zu erhalten, da sie hoffen, daß in nicht zu ferner Zeit eine größere Ausfuhr sich ermöglichen lassen wird. Die Arbeitsverhältnisse sind fortgesetzt kritisch. Vollständige Ruhe im ober-schlesischen Industriegebiet wird noch lange nicht eintreten. Durch die Streiks erleiden die Werke recht empfindliche Verluste.

Die Bismarckhütte A.-G. hat einen außerordentlich großen Auftragsbestand vorliegen, der sich auf viele Millionen Mark beläuft.

Als Nachfolger des Kommerzienrats Dr. Niede ist Herr Rudolf Brenneke zum Generaldirektor der Bismarckschlesischen Eisenbedarfs-A.G. berufen worden. Die Beschäftigung der Gesellschaft ist recht gut, für etwa zwei Monate sind Aufträge zu lohnenden Preisen vorhanden.

Die Eisenhütte Silesia-A.-G. Paruschowischüttert eine Dividende von 14 % aus, wie im Vorjahre. Der Direktor der Friedrichshütte, Oberbergamt Ahrens, ist an die Berginspektion in Buer i. W. versetzt worden.

Die Kohlenförderung im ober-schlesischen Kohlenrevier betrug in der Zeit vom 1. bis 15. April 1 143 923 Tonnen, der Kohlenverstand mit der Hauptbahn belief sich auf 767 377 t. In dieser Zeit wurden 99 086 Eisenbahnwagen angefordert, aber nur 84 637 gestellt, also 14 449 Wagen zu wenig. Am 1. April ist der Kohlenpreis um 20 Mark die Tonne erhöht worden, einschließlich Steuern um 24,50 Mark.

An der Kosieler Chaussee hinter Kl.-Gleiwitz werden Bohrungen nach Kohle von der ober-schlesischen Eisenerzeugung A.-G. bezw. der konsolidierten Gleiwitzer Steinkohlengruben betrieben; vorläufig sind die Arbeiten im Anfangsstadium.

Die Steinkohlengewerkschaft „Charlottegrube“ in Czernitz hat im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Abschreibung von 563 600 Mark einen Reingewinn von 3,25 Mill. Mark erzielt. Die Förderung betrug 687 400 t gegen 1 130 000 t im Vorjahre. An Löhnen und Gehältern wurden 19,86 Mill. Mark gezahlt gegen 10,93 Millionen Mark im Vorjahre.

In Oberschlesien wird die Errichtung einer ganzen Anzahl neuer Koksanlagen geplant, welche die Gewinnung von Koksnebenprodukten (Ammoniak, Benzol, Teer usw.) mitbetreiben. Die Koksabfertigung hat sich mit der Zeit immer mehr entwickelt und einen Grad erreicht, der die Anlage neuer Verkokungsanlagen sehr nötig macht. Die ober-schlesischen Werke haben sich zu einer „Gesellschaft zur Verwertung von Nebenprodukten“ zusammengeschlossen und streben danach, ihre bezüglichen Anlagen möglichst bald zu erweitern. Die Bismarckhütte nimmt eine gänzliche Erneuerung ihrer Anlagen zur Gewinnung von Nebenprodukten vor, auch die übrigen Werke der Gesellschaft werden natürlich nicht nachstehen wollen. Bei den Kokswerken jollen zwecks Erparnis von Arbeitskräften umfangreiche Generatoranlagen neu eingerichtet werden.

Die Oberschlesischen Portland-Zement- und Kalkwerke zu Groß-Strehlitz haben die Dividende auf 10 % festgesetzt.

Die Kosieler Zweigniederlassung der Zellmühle, Papier- und Zellstoffwerke A.-G. ist in den Besitz der Kosieler Zelluloje- und Papierfabriken A.-G. übergegangen. Der Betrieb wird unverändert weitergeführt. Die Gesamtwerke der Kosieler Zelluloje- und Papierfabriken A.-G. sind dem Konzern der Firma W. Hartmann & Co., G. m. b. H., Berlin, angeschlossen, dem auch die Papierfabrik Krappitz und die Oberschlesischen Zellstoffwerke, A.-G. in Krappitz angehören. Der Hartmann-Konzern, dem noch einige andere Unternehmen angegliedert sind, wird dadurch zu einer der bedeutendsten Papierunternehmen Deutschlands. Die neue Firma (Koseler Zelluloje) hat ferner die Kufelsmühle von der Papierfabrik Krappitz A.-G. und die Malsfabrik von der Firma Frankfurt & Kaufmann, G. m. b. H. erworben.

Nach der Bilanz der Deutschen Volksbank in Königshütte schließen Aktiva und Passiva mit

## Von ober-schlesischen Bühnen.

(Vortrage).

### I.

Wir leben in einem Zeitalter der möglich gewordenen Unmöglichkeiten. Alles Leben wird immer mehr zur Groteske. Das Körperliche wie das Geistige. Aus jedem Winkel der heutigen Welt, aus jeder Bewegung der heutigen Zeit grüßt uns die Frage einer maßlosen Übertreibung entgegen. Man verfolge nur die Entwicklung der jüngsten Literatur. Die Auswüchse der modernsten Bühnenkunst. Die geschmacklose Verzerrtheit der heutigen Tanzkunst. Gerade auf dem letzteren Gebiete macht sich der groteske Geist der Zeit bemerkbar. Haben wir noch die einschmeichelnde Wiener Walzergrotze; die einfache Anmut des Tanzbildes normaler Zeiten? ... dafür haben wir aber einen „individuellen Bühnentanz“. Dessen Wesen ein „Zauber“ der Grotesk, eine zur Groteske gesteigerte Phantastik, ein wunderlicher Expressionismus ist. Wo auch Geist? ... Es gibt Tänzerinnen, die „die letzten Schwingungen der Seele oder besser der Nerven im Tanzbild lebendig werden lassen wollen“. Fast immer auf Kosten der Schönheit und Anmut.

### II.

Soll man die Tänzerinnen des Breslauer Soloballetts, das am Beuthener Stadttheater gastierte, auch darunter rechnen? Ja und nein.

In den einzelnen Tänzchen von Brahms, Boccherini und Strauß lag viel Poesie. Viel Geist. Auch viel Kunstfertigkeit. Andererseits wieder auch eine gesunde Kraft. Dazu ein feines Empfinden für den Rhythmus der Musik.

Den stärksten Beifall des Publikums errang die zehnjährige Heria Sommer, eine Meisterkünstlerin der Breslauer Ballettschule. Besonders mit ihrem Campelmantanz, in dem dieses Wunderkind neben einer fast unwahrscheinlichen Leichtigkeit der Bewegungen eine eigene selbständige Auffassungsgabe offenbarte.

Die Darbietungen der Damen Gaebler, Senger, Hilbert und Funke zeugten von starkem persönlichen Empfinden. Von großer Leidenschaftlichkeit. Von gesammelter Geistigkeit. Von ziviler Geistigkeit.

Deshalb wurde man nicht reflos trotz über diesen Abend.

### III.

Man wäre es beinahe an dem Sudermann-Abend im D.S. Volkstheater in Königshütte geworden, wenn — es eben nicht ein Sudermann-Abend gewesen wäre.

Und doch gehört gerade das Schauspiel „Johannisfeuer“ zu Sudermanns besten dramatischen Schöpfungen. Denn hier stand der Theatraliker nur am Haarsbreite von einem richtiggehenden Dramatiker entfernt. Um Haarsbreite! Wenn — der letzte Akt, die sehr unwahrscheinliche Lösung das ganze Werk nicht verdorben hätte.

Über der Königshütter Aufführung dieses Hohenliedes der unerfüllten wilden Wünsche lag jene sommerwühle Stimmung, die Sudermanns schlichtestes Stück Arbeit ist. Die aber nur selten eine Aufführung zu verbreiten vermag.

Im Vordergrund der Darstellung standen Fr. L. Deleuil als Heimchen und Burger als Georg. Erstere mit einer tiefen Menschlichkeit und Tragik im Spiel, letzterer mit packenden Momenten im Ausdruck. Frischler als Bogelreuter war fast der von Sudermann sicher gezeichnete ostelbische Gutsbesitzer. Es fehlte das Breitpurige, die herbe Mischung von Humor und Jähzorn. Gaebler's Gipsprediger hatte mit der Sudermannschen Auffassung sicher nicht viel gemein, blieb aber trotzdem eine beachtenswerte Leistung.

In dem großen Saale saßen wenig Menschen.

Nicht viel mehr bei der Aufführung der Operette „Das süße Mädel“ von Heinrich Reinhard. Warum? Weil das „süße Mädel“ mittlerweile etwas alt geworden ist und mit seiner schon schrullhaften Aljüngfernpole nicht mehr zieht? Man reißt aber doch vor ihr die Augen auf und mundert sich, daß man sie schon so alt findet. Den Zug der Volkstümlichkeit hat sie nämlich doch noch behalten. Besonders mit einigen Melodien. So mit dem Liede „Launige Dame“, mir dem der etwas hölzerner Graf Riebenburg Schultzh's großen Beifall erntete. Fr. L. Gritter spielte und sang mit Natürlichkeit und Grazie die Lola Winter. Fr. L. Thumann die Fräulein Weyringer fast ebenso. Schort als alter Graf Balduin war quecksilbrig und launig wie immer.

Da die Komik noch unterstrichen wurde, war der Erfolg ein billiger.

### IV.

Unter den wenigen Klassikern, die in dieser Spielzeit an unseren Bühnen zum Volke sprechen durften, hatte Schiller den Vorrang. Ganz mit Recht. Er ist nun einmal unser größte dramatische Dichter. Es ist dem Kattowitzer Stadttheater nur zu danken, daß es noch vor Lorenzschlüß „Maria Stuart“ zur Aufführung brachte.

Schiller hatte dieses Drama ein Jahr nach dem „Wallenstein“ geschaffen und in Weimar aufführen lassen. Die Wirkung dieser ersten Aufführung war eine außerordentliche. Da-

mal war der Geschmack des Volkes noch nicht vergiftet. Heute ist er es. Trotzdem ist große Wirkungskraft des Werkes dieselbe geblieben. Obwohl in letzter Zeit versucht wird, dieses edle Drama dem verdorbenen Gaumen der heutigen Zeit in expressionistischer Garnitur mundgerecht zu machen. Besonders die Gestalt der Maria, die Schiller mit der Glorie einer überirdischen Verklärung umgeben hat, wird häufig modernisiert. Ihr Charakter gestiftet.

Der Kattowitzer Maria Stuart erging es so. Denn zwischen Maria Feins Frau vom Meere und ihrer schottischen Königin lag nur die Verschiedenheit des Kostüms. Trotzdem blieb diese Maria Stuart eine überragende Leistung. Besonders in den Szenen mit Elizabeth und mit Mortimer. Diese Szenen waren auch die stärksten des Abends. Nicht ohne die kraftvolle Elizabeth der Havemann, die mehr Annemarie als Königin war, und den Mortimer Ludwig Angers, der gerade in der Gartenzene ein Befes gab. Nur muß man diesen Künstler darauf aufmerksam machen, daß er auf dem besten Wege ist, kein Schillerfächer, sondern ein medizinischer, hysterisch-pathologischer Mortimer zu werden. Der Leichter Goerdels war gute Tradition.

### V.

Auch die Regie Mandts.

Das Gleiwitzer Stadttheater hat sich sehr zu Beginn der Spielzeit zur Pflicht gemacht, auf dem Gebiete des Lustspiels alte und älteste Ware zu veräußern. So alt und abgehandelt wirkt z. B. das historische Lustspiel „Die goldene Eva“ der bekannten Firma Franz v. Schönthan und Koppel-Gesfeld. Man findet sich heute nur schwer hinein in jene Zeit der „holden Poesie“, die jeglicher Originalität entbehrt, dafür um so üppiger mit Sentimentalität überzudert ist.

Für das „Ereignis“ dieser Aufführung hatte sich das Gleiwitzer Stadttheater einen Gast geholt, der als Geselle Peter alle Anforderungen erfüllte, die an einen Liebhaber im Leben und in einem billigen Schwanz gestellt zu werden pflegen. Eine Überraschung bot Direktor Magdori mit seinem köstlichen Ritter Hans von Schwepingen. Warum er nur seine vortreffliche Charakterisierungsfunktion so lange verborgen gehalten hat. Traute Berndt als goldene Eva übertrifft nicht mehr. Man hat sich an ihre durchweg guten Leistungen gewöhnt.

Der Abend war schwach belacht. Trotzdem hatte sich der Gast über Beifall nicht zu beklagen.

A. G.

3907 403 M ab, an die Mitglieder wird eine Dividende von 5 % verteilt.

Die Bierpreise sind um 100 % erhöht worden. Aus dem Jahresbericht der Handwerkskammer Döppeln sei folgendes entnommen: Die Lehrlingszahl nimmt allmählich wieder zu, in einzelnen Handwerken herrscht sogar großer Andrang. Im Gesellenprüfungsweien war die Vollbeziehung der Prüfungsorgane wieder möglich. Der Fortbildungsschulunterricht ist wieder voll und ganz aufgenommen worden. Bezüglich der Fortbildung der Gesellen und Meister steht die Buchführung an erster Stelle. Beim Meisterprüfungsweien mußte die Kammer verschiedene Male Bestrebungen auf weitere Dezentralisation entgegenstellen. Die Zahl der Meisterprüfungen war außerordentlich hoch, sie betrug 543 gegenüber 118 im Vorjahre.

**Verkehrswesen.**

Regierungsbaumeister Steinert vom Eisenbahnbetriebsamt I Ratibor wurde zum Regierungs- und Baurat ernannt. Mit der Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte beim Werkstättenamt 1a in Gleiwitz wurde Regierungsbaumeister Braun und beim Werkstättenamt 1b in Gleiwitz Regierungsbaumeister Rosenthal betraut. Oberregierungsrat Gronow ist zum Bremischen Staatsdienst erteilt worden. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vorstandes des Eisenbahnmachinenamtes in Katowitz wurde Regierungsrat Siekmann beauftragt.

Die Betriebsstörungen im Obergebiet sind beseitigt, so daß die Ederkschiffahrt ungehindert im Betriebe ist. Die Umschlagstätigkeit hat in Kosel-Oderhafen eine Steigerung im April erfahren; in einer Woche wurden 48 000 t Kohlen verfrachtet, über 18 000 t Erze sind durch den Raubin gegangen. Zu der nächstfolgenden Woche wurde der Umschlagverkehr noch reger; es wurden über 50 000 t Kohlen verfrachtet; 190 beladene Talschiffe haben das Hafengebiet verlassen, 125 leere und 70 beladene Mähne den Hafen erreicht.

**Landwirtschaft und Forst.**

Seit Jahrzehnten haben wir nicht ein so zeitiges Frühjahr gehabt wie diesmal. Der Beginn der Blütezeit fiel naturgemäß viel früher als andere Jahre. Dazu das schöne Wetter fast den ganzen Monat hindurch. Allerdings fing es an gegen Ende des Monats bereits zu trocken zu werden. Da brachten die letzten Tage des Monats einen ergebnisreichen Regen. Die Landwirte konnten diesmal das Feld ruhig und schön bestellen.

Der Oberschlesische Landbund hielt am 18. April in Tost die erste Generalversammlung ab. Die Mitgliederzahl ist in den letzten Monaten gewaltig gestiegen und beträgt bereits 1500. Der Verband hat seinen Mitgliedern Saatkartoffeln, Saatgetreide, schwefelhaltiges Ammoniak und andere Kunstdüngemittel, Schuhe und sonstige Bekleidungsstücke zu mäßigen Preisen besorgt und auf diese Weise zur Förderung der Vereinsmitglieder viel beigetragen. Der Landbund wahrt streng die Parität. Sein Zweck ist Zusammenschluß der Landwirte Oberschlesiens, gleichgültig ob sie Groß- und Kleingrundbesitzer sind, polnisch oder deutsch sprechen.

Der Rentmeister der Gräflin von Tiefen-Winklerschen Herrschaft Zellin-Molden, August Kontei, beging sein silbernes Jubiläum als Vorsteher des Rentamts. Der Schaffer Franz Strohal in Rajsziedel bei der Herrschaft des Grafen von Oppersdorf hat am 1. April seine 50 jährige ununterbrochene Dienstzeit vollendet; dieses seltene Jubiläum wurde am ersten Osterfeiertage würdig gefeiert.

Forstmeister von Braun in Uhl beging am 1. April sein 25 jähriges Jubiläum in Diensten des Grafen Hendel von Demerswald und wurde zum Oberforstmeister ernannt. Gleichzeitig beging die Revierförsterin Worbis und Schnura ihr 30- bzw. 40 jähriges Dienstjubiläum. — In den hinter Ranevitz gelegenen Forsten der Hohensohmerwerke A.-G. entstand ein Waldbrand, der von den herbeigekehrten Feuerwehren eingedämmt wurde.

**Regierung, Kreis- und Gemeindeangelegenheiten.**

Dem Regierungsrat Düjning aus Altona ist unter Ernennung zum Oberregierungsrat die Oberregierungsratsstelle bei der Abteilung für Rölle und Verbrauchsabgaben des Landesfinanzamtes in Oppeln verliehen worden. Regierungsassessor Dr. Moriz aus Biltzich, Kreis Leobschütz, wurde zum Regierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ernannt.

Die Leitung der Kreisverwaltung Oberglogau ist dem Grafen von Seherr-Loß übertragen worden. Die den Abteilungsbezirk des Kreises Neustadt O.-S. betreffenden Kreisangelegenheiten werden von der Kreisverwaltung Oberglogau erledigt. Mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes Neustadt O.-S. ist Regierungsassessor Dankelmann beauftragt worden. Der beim Landratsamt Ratibor beschäftigte Gerichtsassessor Mathes ist zum Regierungsassessor ernannt worden.

In Gleiwitz wird das altbewährte Rathaus einer gründlichen Ausbesserung unterzogen und auch der Vorplatz umgestaltet; das Gebäude erhält einen neuen Fuß, die Fenster erhalten Blumen schmuck, vor dem Gebäude wird eine neue Baumanpflanzung angelegt. — Die Gemeinde Fahrze (Hindenburg) strebt neuerdings wieder die Stadtbürgerung an. — Stadtrat Rieger in Reiche wurde zum Stadtkämmerer ernannt. — In Ratibor wurden die neuen Stadträte Obermeister Engel, Direktor Kofel Lamka, Landwirt Johann Kies, Zeichenlehrer Fröhlich, Expedient Wischke und Bankdirektor Gajka in ihre Ämter eingeführt; wiedergewählt wurden die Stadträte Baumeister Büttge, Baumeister Kuhnert, Bankdirektor Höninger und Rechtsanwalt und Notar Piontek. Auch in Mibnik wurden die neuen Magistratsmitglieder Dr. Dgorek, Bilsch, Dr. Vialh, Dr. Razanski, Kunth und Simon eingeführt. — Das Wasserwerk in Friedenshütte hat 250 000 M gekostet. — Bürgermeister Reiche in Sohrau O.-S. hat sein Amt aufgegeben und ist in den Reichsfinanzdienst beim Staatssteueramt in Breslau getreten.

Der Bürgerverein Reiche gründete einen Bürgerat.

**Seereschiffe.**

Dem Oberst Hajmann, Kommandeur der Sicherheitspolizei Gruppe Katowitz, ist bei seinem Scheiden aus dem Heere der Charakter als Generalmajor verliehen worden. Die Hauptleute d. R. A. D. Oberjollkontrollur Kommando und Vorfeher des städtischen chemischen Untersuchungsamtes Dr. Heidenreich in Oppeln haben den Charakter als Major erhalten.

**Kirche.**

Die St. Hedwigskirche in Königshütte hat 3 neue Glocken erhalten.

**Schule.**

An das Lyzeum in Königshütte ist Staplan Rathai als Religionslehrer berufen worden. Studienassessor Schmidt wurde an das Gymnasium in Neustadt O.-S. versetzt. Anstelle des nach Schwedt a. O. versetzten Zeichenlehrers Merwart ist Zeichenlehrer Mundt aus Erfurt an das staatliche Realgymnasium in Tarnowitz berufen worden. Dem Seminarlehrer Djuerent ist die Leitung des Lehrerseminars Proskau übertragen worden. Die Vertretung der durch die Pensionierung des Schulkrats Reimann freierwerdende Kreisinspektionsstelle in Carlsruhe O.-S. ist bis auf weiteres dem Kreisinspektor Köpzig in Kreuzburg O.-S. übertragen worden. Studienassessor Dr. Wimmer vom Realgymnasium in Tarnowitz wurde an die höhere Mädchenschule in Grottkau versetzt. An der gehobenen Schule in Friedenshütte wurde der Aufbau der Untertertia bis 1. Oktober d. J. hinausgeschoben. In Ratibor wurde eine städtische höhere Handelsschule errichtet und eröffnet; Leiter der neuen Anstalt ist Direktor Dr. Pehold. Sie wird von 30 Schülern besucht. — Das Volkshochschulwesen entwickelt sich in Oberschlesien fortgesetzt in erfreulicher Weise weiter.

**Rechtswesen.**

Die interalliierte Kommission hat einen besonderen Gerichtshof für Oberschlesien angeordnet. — Die sämtlichen Justizbeamten im besetzten Gebiet sind in den Streik getreten; die Gründe dafür sind in den Tagesblättern wiederholt erörtert worden. — Die Landrichter Pistori und Wiczinski in Beuthen O.-S. wurden zu Landgerichtsräten ernannt. — Am 24. April sollten die Rechtsanwälte jeder Jurisdiktion Oberschlesiens sich am Orie ihres Gerichtes versammeln und die Wahlen zur neuen Rechtsanwaltskammer vornehmen.

**Gesundheitswesen.**

Im Landkreis Katowitz haben sich die Pocken in bedrohlicher Weise ausgebreitet; in den ersten 3 Monaten dieses Jahres betrug die Zahl der gemeldeten Krankheitsfälle 144, davon sind 22 tödlich verlaufen. Besonders in Domb-Joelshöf, Hohenloshütte, Bogusitz, Eichenau, Roszdzin, Laurahütte, Siemianowitz, Myslowitz, Friedrichshof, Wittow, Kocklowitz, Neudorf, Antonienhütte treten die Pocken auf. Vereinzelt werden auch in anderen Kreisen Pockenveranfragen und Todesfälle gemeldet, so u. a. in Kranowitz, Schwallowitz.

**Wohlfahrtspflege.**

Die Hinterbliebenen des Stadtkämmerers Moriz Grundwald in Ratibor haben dieser Stadt 5000 M als „Moriz und Lina Grundwald-Stiftung“ mit der Bestimmung zugewendet, daß die Zinsen an jedem 2. Februar an Arme der Stadt Ratibor ohne Unterschied des Glaubens verteilt werden.

In Wieszau, Kreis Reiche, ist ein Mindererholungsheim errichtet worden; der Bayerländische Frauenverein hat zu den Kosten der ersten Einrichtung eine Beihilfe von 600 M gewährt.

**Musikpflege.**

Die Singakademie in Ratibor führte im Zivilisale Sachs „Johannispassion“ auf.

**Todesfälle.**

Pfarrer Karl Wallow in Sakrau, Prior R. P. Petrus Sandmann des Bräuerlosters in Neustadt O.-S., Stadtkämmerer Groce in Reiche, Kreisparassensendant Oswald Herold in Kosel, Kaufmann Franz Engel aus Leobschütz.

**Unfälle.**

Bankdirektor Bank in Königshütte verunglückte auf einer Bergtour bei Krummhübel im Januar d. J.; jetzt wurde seine Leiche gefunden. — Am 9. April ereignete sich auf der Castellengrube ein großes Unglück, wobei 28 Bergleute den Tod fanden. Der Kreisassessor Hindenburg hat als Unterstützung für die Hinterbliebenen der Opfer 10 000 Mark bewilligt. — In Randzinzin fuhr am äußersten Rangierbahnhof ein Güterzug über einen Pressblock, zertrümmerte diesen, beschädigte ein dahinter stehendes Bahnwärterhaus und tötete zwei dort zu Bett liegende Kinder; der Zugführer Djeschek wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. — Die Gemeinderäte Colonowka, Kreis Groß-Strehlitz, und Leng im Kreise Ratibor wurden von großen Bränden heimgeführt; in ersterem Orte wurden fast sämtliche Häuser, 32 Wohnungen, eingeebnet, 57 Familien mit 275 Köpfen sind in völliger Verarmung und Not, 13 Familien mit 56 Köpfen sind schwer geschädigt, 2 Personen durch Brandwunden schwer verletzt. In Leng sind durch den Brand 78 Personen im größten Elend. Der Provinziallandtag bewilligte für die Gemeinde Colonowka 5000 Mark und für Leng 3000 Mark. Außerdem gehen Spenden von privater Seite ein. — Im Sägewerk der Kracheowmühle bei Oppeln brach Feuer aus, dem das Sägewerk mit Maschinen und zwei Gattern zum Opfer fielen.

**Verbrechen.**

Das Dienstmädchen Elisabeth Bajelt tötete ihre Dienstherrin, Frau Rechnungsrat Krause in Reiche mit einem Eisenhämmer; die Verbrechenin wurde wegen Körperverletzung mit Todeserfolg vom Schwurgericht zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. — Ebenfalls von dem Schwurgericht in Reiche hatten sich der Häuer Paul Pawlik, der Häuer Paul Kubassa, beide aus Ottiliengrube, der Geiger Emanuel Chmielarski und der Maschinenwärter und Kriegsinvalide Johann Chmielarski, beide aus Neudorf Kreis Kattowitz, wegen versuchten Raubes unter erschwerenden Um-

ständen zu verantworten. Die Angeklagten hatten dem Mühlenbesitzer Glacza in Ernestinenberg, Kreis Neustadt O.-S., unter Anwendung von Gewalt sein Bargeld geraubt. Die Angeklagten wurden zu je 3 Jahren Zuchthaus, Emanuel Chmielarski, dem mildernde Umstände zugebilligt worden waren, zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden jedem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren abgeprochen. Auf die erlittene Untersuchungshaft wurden je 2 Monate als verbüßt angerechnet.

In Dzierzgowitz, Kreis Kosel, wurde der betagte Franz Seduzerg von Banditen überfallen und ermordet. — Dem Stellenbesitzer Karl Wirzkeft in Roszdzin raubten Banditen 6400 Mark in Papiergeld, 50 Mark in Silber, 2 Trauringe und 2 Siegelringe. — Der Grubenarbeiter Keil in Gubullahütte besam Streit mit seiner Ehefrau; in demselben griff der Bruder der Frau, Grubenarbeiter Pohor, ein und brachte seinem Schwager mit einer Art derartig schwere Verletzungen bei, daß derselbe alsbald starb. — Der Oberaufseher Albert Glaga aus Brnnow wurde auf dem Wege vom Bahnhof Emauelsegen zur Grube von einem unbekannten Mame überfallen und der Lohnung in Höhe von 15 000 Mark, die sich in 25 Lohnbüchern befand, beraubt.

**Wochenchronik.**

**Tagesvorgänge.**

Der Fürstlich Pleßische Generaldirektor Dr. Rajje vollendete am 30. April das 50. Lebensjahr. — Musikdirektor Ludwig Hauptmann, der Leiter des katholischen Kirchenchors in Oppeln, beging am 1. Mai sein 50 jähriges Berufs Jubiläum.

Die von der interalliierten Kommission beabsichtigte Patkontrolle ist bis voraussichtlich Mitte Mai hinausgeschoben worden; bis dahin werden von den interalliierten Patstellen besondere Reicheine ausgeföhrt. — Nachdem von der interalliierten Kommission in Oppeln bekannt gegeben worden war, daß von ihrer Seite der „Verpflichtung der Arbeit“ kein Hindernis in den Weg gelegt werden wird, hat die sozialdemokratische Partei in Oberschlesien umfassende Vorbereitungen getroffen, um den 1. Mai als „Reichfeiertag“ festlich zu begehen. Tatsächlich feierte die obererschlesische Sozialdemokratie den 1. Mai durch M. B. e. i. s. r. u. h. e., Versammlungen usw. Die christlichen Gewerkschaften, die Kirch-Tunerschden Gewerbevereine und die politischen Berufsvereinigungen erklärten sich gegen die Maifeier. Vielfach war die Aufrechterhaltung der Betriebe praktisch unmöglich, so daß die arbeitswilligen Arbeiter gezwungen waren, auch zu feiern. Die Maifeier vollzog sich überall in ordnungsmäßigen Rahmen. — Am 2. Mai veranfahten die Polen in vielen Orten Oberschlesiens Demonstrationsversammlungen und Unruhen. Dabei kam es in Ratibor, Oppeln und anderen Orten zu deutsch-polnischen Zusammenstoßen.

Der Preis für Mehl und Brot ist vom 3. Mai ab um 100 % erhöht worden; dadurch wird die Privatwirtschaft sehr fühlbar belastet. Dagegen ist die Mehlration um 500 g und die Kartoffelration um 1000 g wöchentlich und pro Kopf erhöht worden.

**Industrie und Handel.**

Die Oberschlesische Zinkhütten-A.-G. Kattowitz hat einen flotten Geschäftsgang aufzuweisen. Der Auftragsbestand ist weiter gewachsen und hat eine Höhe erreicht, wie schon seit Jahren nicht. Die zu der Gesellschaft gehörenden Hütten Glazubitz, Franzhütte, Kurigundschütze und Kommande-Zinkhütte sind voll besetzt. Auf den Hütten und in der Schwefelsäurefabrik wird die Erzeugung nach Möglichkeit zu heben gesucht. Der Betrieb des Zinkwalzwerkes ist sehr reger. Die Leistungsfähigkeit des Walzwerkes wird nach Kräften ausgenutzt. Die Nachfrage ist so stark, daß ihr nicht genügt werden kann. Voraussichtlich wird der Gewinn des laufenden Geschäftsjahres den des Vorjahres übertreffen.

Die Bismarckhütte-A.-G. hat den Neubau des schon längst geplanten großen Walzwerkes in die Wege geleitet, da das bisherige Feinblechwalzwerk, das seit 30 Jahren besteht, den ständig wachsenden Anforderungen nicht mehr genügt. Die Auslandsaufträge mehren sich beständig, aus Südamerika kommen Millionenaufträge. — Bei den Schaffgotschen Werken wurden die Schichtmeister Kagrajich, Balajchinski und Kolojczick zu Oberinspektoren ernannt und Revisor Suliga zum Oberrevisor befördert.

Die Holzpreise gehen infolge Ungefährtheit der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Rückgangs der Auslandspreise durch die Balatasteigerung stark zurück.

Aus dem Verwaltungsbericht der Reichsbank für das Jahr 1919 sei folgendes entnommen: In Oberschlesien bestehen die Reichsbankstellen Gleiwitz mit den Nebenstellen Beuthen und Hindenburg, Kattowitz mit der Nebenstelle Königshütte und Oppeln mit den Nebenstellen Kreuzburg, Reiche und Ratibor. Der Gleiwitzer Giroverkehr weist folgende Zahlen nach: Bestand am 1. 1. 1919: 11 285 245,26 M, auf Giroverkehr verzeichnet 2 589 231 531,25 M, verausgabte 2 584 042 323,27 M, Bestand am 31. Dezember 1919: 16 474 453 M. Die entsprechenden Zahlen für den Kattowitzer Giroverkehr sind: Bestand am 1. 1. 1919: 8 966 718,51 M, auf Girokonto verzeichnet 2 456 842 499,90 M, verausgabte 2 452 735 920,48 M, Bestand am 31. Dezember 1919: 13 073 247,93 M. Oppeln weist nach: Bestand am 1. Januar 1919: 12 258 471,02 M, auf Girokonto verzeichnet 1 801 275 413,92 M, verausgabte 1 802 962 160,32 M, Bestand am 31. Dezember 1919: 10 571 994,68 M. Gleiwitz zählte 151, Kattowitz 121, Oppeln 225 Kontoinhaber.

Die Ottomacher Volksbank hat nach ihrem Geschäftsbericht für 1919 recht erfreuliche Erfolge zu verzeichnen. Der Umsatz stieg gegen das Vorjahr um 4 300 000 M, das Zinsergebnis war um 8000 M höher. Die Spareinlagen haben sich trotz der um eine Million gegen das Vorjahr gestiegenen Abhebungen noch um 400 000 M vermehrt. Die Mitglieder erhalten 6 1/2 % Dividende.

**Verkehrswesen.**

Am 1. Mai wurde ein Kraftwagenverkehr von Bahnhof Rajsziedel nach Branitz im Kreise Leobschütz

eröffnet, wodurch eine große Verkehrs erleichterung eingetreten ist. — Anstelle des nach Elmstaden bei Münster verletzten Postmeisters Rüstmann ist Postmeister Schmalz nach Koslau berufen worden.

Landwirtschaft.

Zeit Menschengedenken hat die ober-schlesische Landwirtschaft die Feldbestellung im Frühjahr nicht so zeitig und ungehindert ausführen können wie in diesem Jahre. Die Trockenheit ist bereits an fühlbar und nachteilig zu werden; ein schöner Regen in den ersten Tagen des Monats Mai brachte Abhilfe. — Die Zahlung der Höchstprämien von 300 M für die Tonne Brotgetreide und Gerste (das sind 15 M für den Zentner) ist bis 15. Mai verlängert worden; nach dem 15. d. Mts. werden nur noch 200 M für die Tonne (10 M für den Zentner) gewährt. — Direktor Paul Finck in Kreuzenort feierte am 1. Mai sein 25jähriges Jubiläum bei der Fürstlich Lichnowskischen Verwaltung.

Regierung.

Die vollziehende Gewalt im unbesetzten Gebiet der Provinz Oberschlesien ist von den bisher zuständigen militärischen Stellen auf den Oberpräsidenten Witt übergegangen. — Zum schulechnischen Hilfsarbeiter bei der Regierung in Oppeln wurde Lehrer Tixe aus Beuthen ernannt.

Gemeindeangelegenheiten.

Amts- und Gemeindevorsteher Dr. Urbanek in Kobberg ist von seinem Amt unter Verzicht auf Gehalt und sonstige Ansprüche freiwillig zurückgetreten. Bis auf weiteres führt die Amtsvorstehergeschäfte Bergverwalter Johnson und die Gemeindevorstehergeschäfte der Schöffe, Stellenbesitzer Czupionka. Stadtrat Siegmund in Rybnik wurde zum Stadthalter ernannt. Die neuen Stadträte in Rybnik haben die Dezerne wie folgt übernommen: Dr. Wisaty Gesundheitsangelegenheiten, Badeanstalts- und Promenadengeschäfte, Kunz Gas- und Elektrizitätswerk, Dr. Egorek Schulwesen und Kanalisation, Dr. Rozanski Rechts- und Armensachen, Pyszyt Bauwesen und Schlachthaus, Simoni Sparkasse und Finanzen.

Secretwesen.

Dem Generalmajor Höfer, der Ende 1918 den Grenzschutz im ober-schlesischen Industriebezirk übernahm, ist die Führung der Reichswehrbrigade 8 in Brieg übertragen worden. Ihm ist es unter den schwierigsten Verhältnissen gelungen, in Oberschlesien während des Augustaufstandes Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und unsere Heimat vor Grenzverletzungen zu schützen. Generalmajor Höfer ist ein geborener Preßer.

Kirche.

Die evangelische Kirchengemeinde in Königshütte wird für die Luther- und Elisabethkirche zwei neue Glocken anjchaffen. Reichsgraf von Oppersdorff hat aus Anlaß seines silbernen Ehejubiläums der katholischen Kirche in Oberglogau 10000 Mark zur Neuananschaffung und Ergänzung der Kirchenglocken überwiesen. — Der neue Pfarrer von Hohenlohehütte, Marius Schulz, wurde ins Amt eingeführt. — Die Oberin des katholischen Frauenhauses in Lichau, Schwester M. Lucia — Pauline Siara — feierte ihr 25jähriges Ordensjubiläum.

Schule.

Rektor Muchalla von der Johannisschule in Myslowitz wurde zum Kreisstudieninspektor des Bezirks Carlstruhe D.-S. ernannt.

Rechtswesen.

Der Streik der Justizbeamten hält weiter an. Die Richter und Staatsanwälte fühlten sich durch die Art der Behandlung eines Beamten aus ihrer Mitte auch schwerste verletzt. Die Art der Maßregelung beeinträchtigt Ehre und Würde eines Beamten schwer. Die Anerkennung der Unabhängigkeit des Richters und die Achtung der Beamten Ehre und Beamtenwürde sind aber die unabwiesbaren Grundlagen, auf denen amtliche Pflichterfüllung allein möglich ist. Dieser Auffassung sind die mittleren und unteren Justizbeamten des Abtinnungsgebietes geschlossen beigetreten. Fest stehen die Männer der Rechtspflege auf dem Boden des Rechts. Mannhaft wahren sie ihre Ehre. Für Freiheit und Gerechtigkeit aufrecht einzutreten, ist die Aufgabe, die sie nicht nur für sich selbst, sondern für das gesamte ober-schlesische Volk erfüllen wollen.

Gerichtsassessor Paszkowicz ist von Koslau nach Oppeln versetzt worden. — Die Wahlen zur Rechtsanwaltskammer sind auf den 8. Mai verschoben worden.

Gesundheitswesen und Wohlfahrtspflege.

In Domb, Koffberg, Gleiwitz, Bogutshütz sind neuerdings einige Fälle von Pockenkrankungen vorgekommen. — Aus Beuthen D.-S. sind 25 erholungsbedürftige Kinder, darunter 16 Kriegerwaisen und 4 Waisenhauskinder, zu einem achtwöchigen Erholungsurlaub in die Schweiz gefahren, ebenso 78 Kinder (Knaben und Mädchen) aus Katowitz.

Bereinswesen.

Der Bezirksfeuerwehverband Oppeln hielt in Gleiwitz eine Ausschüßung unter Leitung des Bürgermeisters Oite aus Tarnowitz ab. Die Feuerwehren befinden sich wieder in guter Weiterentwicklung. — Der Vor-

stand der sämtlichen Gauen und Vereine der ober-schlesischen Turnerschaft hielt in Gleiwitz eine Sitzung ab, die vom II. Vorsitzenden, Bergwerksdirektor Staudinger aus Königshütte geleitet wurde. Der Entwurf des Grundgesetzes und der Geschäftsordnung wurden in Form und Inhalt festgelegt und soll der nächsten Vollversammlung zur Annahme vorgelegt werden. Beschlossen wurde, am 6. Juni in Gleiwitz einen ober-schlesischen Turntag abzuhalten. — Der ober-schlesische Spiel- und Eislaufverband hielt seinen Bezirksrat ab. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß die Tätigkeit in den Vereinen rege und vielseitig war.

Musikpflege.

Der Singverein Beuthen D.-S. führte die „Glocke“ von Bach mit großem Erfolge auf. Das Cieplickhe Konservatorium in Beuthen gab im dortigen Schützenhausaal das 7. Volkskonzert.

Auszeichnungen.

Verliehen wurde das Eiserne Kreuz 1. Klasse dem ehemaligen Feldwebel Karl Schmidt in Beuthen, Lehrer und Leutnant d. R. Hugo Schmod in Hochstetsham, Kreis Leobschütz, Offizierstellvertreter Anton Ryznik in Studzina, Verwaltungsinpektor Leuz in Leobschütz (außerdem erhielt er den Schlesischen Adler 1. und 2. Stufe), Büroassistent Robert Kumor in Tarnowitz, Kriegsinvalide Johann Adamczak in Sulkshin, Lehrer M. Grudzinski in Radlin, Kreis Rybnik. Es erhielten das Eiserne Kreuz 2. Klasse der Photograph Friedrich Köhner in Tarnowitz, das Eiserne Kreuz am weiß-schwarzen Bande der Postkretair Willy Ehrich in Pleß, das Verdienstkreuz für Kriegshilfe Gasthausbesitzer A. Bralock in Ostrog, Pensionär Einke, Schichtmeister Eißler, Schmelzmeister Wiebebach und Wermeister Frisch, sämtlich bei der staatlichen Friedenshütte, Maschinenwerkmeister Köhner, Kohlenexpedit Zakrowski, Schichtmeister Wilhelm Müller und Alfred Schmidt, sämtlich in Pleßschowitz, die Militärärztenauszeichnung erster Klasse der ehemalige Unterzahlmeister Stadtkassenkontrolleur Maximilian Ciecinski und der ehemalige Bezirksfeldwebel, Kreisassistent Alfred Mann in Tarnowitz, den Schlesischen Adler 2. Stufe der Kreissekretär Ribter, Buchbindermeister Richard Bernarth und Kaufmann Bix in Ratibor.

Verbrechen.

Grubenwächter Kojzik von der Cleophasgrube wurde von Einbrechern erschossen. — In die Kirche zu Groß-Schöps drangen Einbrecher ein, erbrachen das Tabernakel und stahlen ein neues großes Ciborium.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Julius Soika.

Wir haben die Vertretung größter Weinfirmen übernommen und empfehlen uns zur Lieferung von: Rhein-Mosel-Weinen aller Art Rot-Messwein für kirchliche Zwecke. Abgabe der Weine erfolgt zu Original-Preisen. Mit Offerten stehen gern zu Diensten u. empfehlen uns, stets reelle Bedienung zusichernd Hochachtungsvoll! Franz Peterseim, Nachf. M. Peterseim & Co., OPPELN, Bleichstrasse 17.

Besitzen Sie schon den „Führer durch Oberschlesien“? Wenn nicht, so bestellen Sie ihn sofort! Ein unentbehrliches Handbuch für jeden politisch Interessierten, vor allem für jeden Oberschlesier mit Karte des Abstimmungsgebietes. Preis M. 5.— für Abonnenten M. 4.— Zu bestellen im Buchhandel oder direkt beim Verlag „Der Oberschlesier“, Oppeln, Bismarckstraße 10.

1 guter Tennisschläger Kernseife prima Qualität, Auslandsware, Doppelpfund 330 g schwer. Sunlight Soap Markt 12.00 für Wiederverkäufer. Freund, Kattowitz, Golzstraße 21.

Eigen-Heim-Hausbacköfen sind die besten und sparsamsten Hausbacköfen; mit 1 mal feuern kann 2 bis 3 mal Brot oder Kuchen abgedacht werden. Die Öfen sind vollständig feuerfester, in jedem Raum aufstellbar und leicht transportabel. Mittlere Größen stets auf Lager.

Bes. Einjähr. & Abiturienten Eilkurse Kant-Pädagogium Landeslehrerseminar I. Ranges Telephon 46 Canth bei Breslau. Streng geregelter Internat. — Beste ländliche Kost. Vorbereitung bis Prima (reale, gymnasiale, obere reale und real-gymnasiale Abteilungen). Für schwache Schüler großer Zeitgewinn. Individualisierende Behandlung. Anmerkungen jederzeit. Glänz. Erfolge. Leiter u. Besitzer Dr. E. Koch

Unparteiisch, bestorientiert über den Stand ober-schlesischer Kultur, Wirtschaft und Politik ist „Der Oberschlesier.“ Nur Originalbeiträge. Nur Originalzeichnungen. Hervorragende Mitarbeiter. Bezugspreis: Vierteljährl. M. 3,60 zuzügl. Bestellgeld. Aus dem bisher Gebrachten: Politik und Ethik. — Der erste ober-schlesische Komponistenabend der Volkshochschule Kattowitz. — Der Amnestierlaß der Interalliierten Regierungen- und Plebiszitkommission in Oberschlesien. — Die deutsche Wählerschicht zu Leipzig. — Halten die politischen Argumente der Kritik des neutralisierenden Oberschlesiers stand? — Praktische Bekämpfung des Bolschewismus. — Volkshochschuljahr Gleiwitz. — Erbstümm Breslau. — Oberschlesische Schimpfwörter. — Das brennendste Problem unserer Finanzwirtschaft. — Die Naturdenkmäler in Oberschlesien. — Die Heimatstreue der zweiten Jone Schleswigs. — Die sozialen Einrichtungen der Stadt Kattowitz. — Wo bleibt das Silbergeld? — Beuthen D.-S. als neue Regierungshauptstadt Oberschlesiens. — Die britische Arbeiterbewegung. — Silber aus der polnischen Geschichte. — Die Kultur der Interalliierten Regierungen- und Plebiszitkommission in Oberschlesien. — Die polnische Sprache des Oberschlesiers. — Der Bolschewismus und seine Gefahren für Europa. — Politische Staatsmänner und Politiker. — Die Regierungsfähigkeit der Polen. — Beiträge zur ober-schlesischen Volkstunde. — Unser Nachbarland Polen.

Albert Herrmann & Co. Handl. für Hausbacköfen, Hand- und Kraftschrotmühlen Dittersbach bei Waldenburg in Schlesien.

Die Aufbewahrung von Schmucksachen Wertpapieren Geld geschieht am sichersten und unauffälligsten durch Einmacherschränke mit dem D.R.P.-Schloß „NOVUM“ Paul Brattig Kattowitz O.-S.

AUGENGLÄSER fertigt garantiert richtig nur der Special-Optiker: J.W.YK, Opt.-Institut Kattowitz. Die Medizin heilt Augengläser gleichen Sehfehler Krankheiten, meine aus. Optiker Garai, Albrechtstrasse 4 Breslau.

Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur, Winnenden (Württ.) Volksbücher bester Art sind die künstlerisch ausgestatteten Bände der Sammlung: Zeitgenössische Erzähler herausgegeben von F. W. Brepohl. Preis gebunden M. 4.—; fleisch gebunden M. 3.15. Band 1. Sephora von Wolf Bogtlin. Eine köstliche Novelle des bekannten Schweizer Erzählers, die bereits im 16.—18. Tausend erschienen. Buchschmuck von Ernst Gräber. Band 2. Au Quell der Wunder von Wilhelm Müller-Rübersdorf. Reizende Originalmärchen aus dem schlesischen Berggebiete. Buchschmuck von dem Wiesbadener Künstler Johann Conrad Röper.

Export offeriere greifbar: Double-Training, Uhrketten, Broschen, Armbänder, Medallions, Kolliers, Bijouterie, echt u. unecht. Vertreterbesuch. Anton Michael Weber, Gold- u. Silberwaren-Grosshandl. Koblenz am Rhein. Drahtanschr.: Silberwebr. Tel. 1466 Photographie, Rüge oder Uniformrock eines Beamten der ehem. Reichs-Ober-Alten-Eisenbahn sucht zu kaufen, ebenso ober-schlesische Briefmarken der 1. Ausgabe zu kaufen. „Angebot“ unter „R. D. U. 3131“ an den Oberschlesier.

Postbestellschein. Unterzeichner bestellt hiermit bei dem Postamt für d..... Monat für M. 1,20 monatlich die in Oppeln erscheinende Wochenzeitung „Der Oberschlesier“ Vor- und Zuname: Wohnort: Straße u. Hausnummer: Bezugspreis für ..... Monate zuzüglich M. Bestellgeld erhalten zu haben, beschneigt: Postamt